

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telephon 53077 - Herausgeber: Siegfried Laub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Mittwoch, 20. Jänner 1937

Nr. 17

## Eden im Unterhaus!

# Keine fremde Macht wird Spanien beherrschen

### Ueber seine Regierungsreform kann nur Spanien selbst entscheiden

London. Die von der Arbeiterpartei verlangte Aussprache im Unterhaus über die spanischen Verhältnisse wurde Dienstag von Außenminister Eden mit einer Rede eröffnet, in der er zunächst dem Bedauern Ausdruck gab, daß es nicht in allen Ländern volle Meinungsfreiheit gebe, denn das Verlangen aller Völker nach Erhaltung des Friedens sei sicher so groß, daß jede Bedrohung des Friedens sehr leicht beseitigt werden könnte, wenn die Hindernisse, die einer freien Meinungsäußerung der Völker entgegenstehen, fallen würden.

Das Jahr 1937, fuhr Eden fort, muß ein Jahr ungewöhnlicher schwieriger internationaler Probleme werden, gleichzeitig aber ein Jahr internationaler Gelegenheiten sein, welche nicht verabsäumt werden dürfen. Jeder einzelne für den Frieden gewonnene Monat wird auf das internationale Konto als Aktivum gebucht werden.

Die Situation in Spanien verdunkelt alle übrigen Ereignisse der internationalen Situation; doch sei die Gefahr, daß dieser Konflikt auch das übrige Europa in einen Krieg verwickelt, definitiv eingeschätzt, wenn auch nicht vollständig beseitigt worden. Die Politik Großbritanniens sei auf das entschiedenste gegen jede Intervention gerichtet. Eden sagte das wortlich:

Ich bin überzeugt, daß die Leute — wer immer es sein mag — in einem Irrtum begriffen sind, wenn sie glauben, daß die Folge dieses Bürgerkrieges die sein wird, daß irgendeine fremde Macht, welche immer es auch sein mag, Spanien beherrschen, über sein Leben entscheiden und seine auswärtige Politik, sei es auch nur für eine einzige Generation, leiten wird. Von allen möglichen Ergebnissen des spanischen Bürgerkrieges ist gerade dieses Ergebnis das am wenigsten mögliche, und deshalb würden wir uns auch in einem jeden Ereignis von solcher Art auf das entschiedenste entgegenstellen. Wir wären nicht allein, 24 Millionen Spanier wären auf unserer Seite.

Es liegt nicht im Interesse Großbritanniens, daß Spanien irgendeine besondere Regierungsform bestimme, mag es sich um eine rechts- oder eine linksorientierte handeln. Nur das spanische Volk und niemand anderer hat das Recht, über die Regierungsform in Spanien zu entscheiden, und deshalb werden wir auch weiterhin jede äußere Intervention in die inneren Angelegenheiten Spaniens ablehnen.

Auf das britisch-italienische Ventnemend Agreement zu sprechen kommend, betonte Eden, daß sich darin nicht einmal ein einziges Wort über die Frage, ob eine fremde Macht, sei es welche immer, das Recht geben würde, in Spanien einzuschreiten und zu entscheiden, welche Förmung die Regierung in jedem beliebigen Teile Spaniens tragen solle. Das britische Interesse bestehe darin, daß der spanische Konflikt über die Grenzen des eigentlichen Spaniens nicht hinausgreife, daß die politische Unabhängigkeit und die territoriale Integrität Spaniens respektiert werden.

Eden kam sodann auf die Frage der sogenannten „Freiwilligen“ zu sprechen und

erklärte, daß Großbritannien danach strebe, daß die Entsendung von Freiwilligen nach Spanien — mag sie von welcher Seite immer und aus welchem Lande immer erfolgen — eingestellt werde.

## Ein Dämpfer für Mussolini

In dem Schlußteil seiner Rede sagte Eden u. a. an die Adresse der faschistischen Staaten: Wir müssen uns bewußt sein, daß es verschiedene Sachen gibt, die wir niemals akzeptieren werden:

1. Die Demokratie werden wir zustimmen, daß Europa zwischen einer Diktatur von rechts und einer Diktatur von links wählen muß, niemals werden wir der Ansicht zustimmen, daß die Demokratie ein günstiger Verb für die Propaganda des Kommunismus ist (Beifall des gesamten Unterhauses), vielmehr betrachten wir die Demokratie als Gegengewicht gegen den Kommunismus.

## Deutschland am Scheideweg

Die Zukunft und die Rolle, welche Deutschland in Europa spielen soll, bildet gegenwärtig den Hauptgegenstand der Sorge ganz Europas. Dieses große Volk von 65 Millionen Menschen hat die Masse und den Nationalismus zu seinem Glaubensbekenntnis erhoben. Die ganze Welt stellt sich nunmehr die Frage, wohin diese Doktrinen Deutschland und uns alle führen werden.

Europa kann nicht zulassen, daß es in den Kräfte der nationalen Rivalität und in Ideologien, welche einander in scharfem Kampf gegenüberstehen, zerrissen werde. Es liegt in der Macht Deutschlands, einen Einfluß auf die Wahl auszuüben, welche nicht nur sein eigenes Schicksal, sondern auch das Schicksal des übrigen Europa entscheidend wird.

Der gute Wille zur Zusammenarbeit muß sich in der Weise zeigen, daß er auf die Doktrin der nationalen Ausschließlichkeit verzichtet und eine europäische Staaten als unmittelbare Mitglieder in der gesamten europäischen Regelung annimmt, die Klüftungen auf ein Niveau herabsetzt, das vollkommen den Aufgaben der Verteidigung und nicht mehr genügt und auch den internationalen Organismus zur Regelung aller Konflikte im Sinne des Völkerbundes zum Wohle aller und keinesfalls zur Kränkung irgendeines annimmt.

## „Nichteinmischung eine bloße Komödie“

### Attlee für Unterstützung der legalen Regierung

Nach Eden ergriff der Führer der Opposition Major Attlee das Wort.

Er beschuldigte die britische Regierung, daß sie den Aufständischen-General Franco unterstützt habe. Es sei höchste Zeit, daß man zur Erkenntnis gelange, daß die Nichteinmischung eine bloße Komödie sei, und es sei höchste Zeit, daß der spanischen Regierung ihr unbestreitbares Recht zurückgegeben werde, sich Waffen zu ihrer Verteidigung zu beschaffen. Attlee glaubt nicht, daß die faschistischen Staaten den aufrichtigen Willen haben, dem Nichteinmischungsabkommen Wirksamkeit zu verleihen. Wenn die Demokratie lebendig bleiben soll, dann muß sie sich gegen die Diktaturen stellen.

Der Führer der Liberalen, Sinclair, stimmt im ganzen den Ausführungen Edens zu, ist jedoch der Meinung, daß die britische Regierung einen Beweis ihrer großen Schwäche gegeben habe, als sie das britisch-italienische Abkommen schloß, ohne gleichzeitig dafür gesorgt zu haben, daß die italienische Regierung eine Verpflichtung hinsichtlich der Nichtintervention übernehme.

# Großer Erfolg der Milizen

## Beherrschende Höhe südlich von Madrid erobert

Madrid. Regierungsabteilungen umzingelten nach zähem Nachkampf die Coto Cerro de los Angeles und schneit den Aufständischen an dieser Stelle die Versorgung ab. Die Anhöhe selbst hat eine große strategische Bedeutung.

Den zuletzt eingetroffenen Meldungen zu Folge haben Regierungsabteilungen auch die Höhe selbst bereits erobert.

Die Höhe, die zu Deutsch „Engelshägel“ heißt, liegt in der Nähe von Getafe, etwa 14 Kilometer südlich von Madrid.

In Asturien beschloß Regierungsgeschütze heftig die Waffenwerke in La Vega und den Nordbahnhof von Oviedo, wo sich das Hauptquartier der marokkanischen Abteilungen befindet.

Die Artillerie war auch an der Madrider Front, insbesondere im Sektor Barrio tätig, wo unaufhörlich Artillerie- und Gewehrfeuer zu hören ist.

Dienstag um 2 Uhr früh bombardierte der Aufständischen-Kreuzer „Canario“ den Hafendamm im Hafen von Barcelona. Er gab insgesamt 21 Schüsse ab, durch die er das Petroleumschiff „Camollo“ treffen wollte. Der Küstenartillerie gelang es schließlich, den Kreuzer zu vertreiben.

Das Luftfahrt- und Marineministerium gab bekannt, daß die Luftwaffe im Laufe des Dienstag zahlreiche Erkundungsflüge unternahm. Alle Flugzeuge sind unverletzt nach ihrer Basis zurückgekehrt.

## Gegenoffensive bei Malaga

Gibraltar. (Reuter.) Die Regierungstruppen sind auf der Front vor Malaga zu einer heftigen Gegenoffensive übergegangen, deren Ergebnisse bisher noch nicht bekannt ist. Die Schlacht wird mit solcher Heftigkeit geführt, daß alle Krankenhäuser in Algeciras und in San Roque sowie auch die Ambulanzen der Aufständischen mit Verwundeten überfüllt sind. Die Verluste innerhalb der letzten 24 Stunden werden auf beiden Seiten auf mehrere tausend Mann geschätzt.

## Mexiko liefert weiterhin Waffen Jedoch nur eigener Erzeugung

Mexiko. Der Präsident von Mexiko Cardenas erklärte Pressevertretern gegenüber: Mexiko wird auch weiterhin der spanischen Regierung Waffen und Munition mexikanischer Probenienz liefern. Was das Kriegsmaterial angeht, das im Auslande hergestellt wurde, darf es nur dann aus Mexiko ausgeführt werden, wenn der Erzeuger-Saat dazu seine ausdrückliche Zustimmung gibt. Diese Erklärung wird in dem Sinne ausgelegt, daß Flugzeuge amerikanischer Probenienz, welche gegenwärtig in Veracruz eingelagert werden, nach Spanien nicht ausgeführt werden dürfen.

## Am Sonntag Rundfunkrede Dr. Hodzas

Ministerpräsident Dr. Hodza wird am Sonntag, den 24. d. M., im Rundfunk sprechen. Die Rundfunkrede wird von allen tschechoslowakischen Sendern nach dem Sonntag mittags üblichen Glockengeläute gesendet werden.

EingelPreis 70 Heller (einschließl. 5 Heller Porto)

Sinn und Zweck des nationalsozialistischen Staatssystems ist einzig der und kann nur dieser sein: Das deutsche Volk unter unerbittlicher Ausschaltung, Niederhaltung, Austilgung jeder störenden Gegenregung für den „kommenden Krieg“ in Form zu bringen, ein grenzenlos willfähiges, von keinem kritischen Gedanken angekränkelt, in blinde und fanatische Unwissenheit gebanntes Kriegsinstrument aus ihm zu machen.

Thomas Mann  
„Ein Briefwechsel“

## Das autoritäre Schilfrohr

### Schuschnigg zwischen Rom und Berlin

Es ist jetzt ein rundes Jahr her, daß der Bundeskanzler Schuschnigg seinen Besuch in Prag abgestattet hat und damit zu erkennen gab, daß es für Oesterreich neben dem römischen und dem deutschen Kurs vielleicht die dritte Möglichkeit eines österreichischen, auf die Zusammenarbeit mit den Partnern im Donauraum abgestellten Kurses geben könnte. Die lebhaften Bemühungen des Ministerpräsidenten Dr. Hodza um einen wirtschaftlichen Zusammenschluß der Donauraum-Länder kamen dieser Politik entgegen. Schuschnigg hat die Gegenoffensiven, die von Berlin und Rom sofort eingeleitet wurden und in denen alle Fiktilitäten der faschistischen Politik im Donauraum, die Dubapeter wie auch gewisse andere, ihre Rolle spielten, nicht durchgehalten. Er ließ nach dem ersten Versuch von dem Plane ab, Oesterreich die Stellung eines souveränen Staates zurückzugeben, die es unter der Führung Kenners und, in weit verringertem Maße, aber dank dem demokratischen System immerhin noch unter Seipel innegehabt hatte.

Was seither österreichische Außenpolitik heißt, ist ein dauerndes Schwanken zwischen Berlin und Rom. Als Mussolini unter den Nachwirkungen des abessinischen Krieges auf Hitlers Freundschaft angewiesen war, ließ sich Schuschnigg von den Nazis und den „betont Rationalen“ den Vertrag vom 11. Juli abnötigen, der Oesterreich die Verpflichtung zu einem „deutschen Kurs“ in der Außenpolitik auflegte und im Innern der nazistischen Wählbarkeit alle Wege ebnete. Das Abkommen hinderte Schuschnigg nicht, im Herbst, als Italiens Macht und Bewegungsfreiheit wieder wuchsen, als Hitler der Bedrängte und Mussolini Herr der Entscheidungen war, eine „betont italienfreundliche“ Außenpolitik zu machen, was nun auch eine gewisse Annäherung an die Kleine Entente zur Folge hatte. Der Tod Dömbörs trug dazu bei, die Ätlien Mussolinis auch an der Wiener politischen Börse steigen zu lassen.

Die neue Phase der österreichischen Außenpolitik ist aber, der inzwischen erfolgten Annäherung Berlins und Roms gemäß, ein deutlicheres Verleinen zu den hitleritischen Parolen des Antikomunismus, eine neue Untertunung an Deutschland, wenn man auch der formellen Anerkennung der wirtschaftlichen Tributpflicht, die Hitler im Handelsvertrag forderte, noch ausweichen ist.

Jedem Schwanken und jeder Schwankung der Außenpolitik folgt in Oesterreich auch eine unpolitische Drehung. Bald werden die Nazi eingesperrt, bald im Triumph aus den Gefängnissen herausgeholt, bald fördert man gewisse antinazistische Kräfte, bald gibt man den Braunen, die im Staatsapparat eingekerkelt sind, alle Vollmachten, ihre Gegner oder Konkurrenten niederzuknüppeln. Mindestens alle Quartale ist solch ein Kurswechsel, ein Wendeschlag fällig. Das Ganze heißt autoritäres Regime mit festem Kurs und starker Hand!

Tatsächlich hat in Oesterreich seit den größten Opportunisten noch der Vorkriegszeit, in die man zurückgreifen muß, um Beispiele zu finden, niemand einen so wenig festen Kurs gesteuert wie Herr Schuschnigg. Eine feste Hand hat er nur, wo es sich um die Erledigung seiner Konkreten handelt. Das scheint das einzige Prinzip zu sein, das dieser autoritäre, katholisch-nazistisch-faschistische, in allen Schichten des Bewußtseins erfahrene Politiker hat: er duftet keinen Nebenbuhler. Die ihm aufgenötigten außenpolitischen Kursänderungen muß er jeweils, um innenpolitisch den zu erledigen, der ihm gerade am gefährlichsten scheint.

Er hat den Feind, er hat den Starbembeger, er hat den Ernst Karl Winter zerstört, von den vielen kleinen Leuten nicht zu reden, die zum Verfall des Systems Schuschnigg gehören. Als nach der Abhebung Winters und der Berlin-Reise Guido Schmidts die Nazis wieder sehr früh wurden, als Herr Schmidt sich in Berlin schon den Segen des Allerhöchsten für eine eventuelle Kanzlerschaft holte, als Glaife in Deutschland Vorzüge hielt und den Umstand seiner Braunauer Bekanntschaft ins Licht rückte, begann Schuschnigg rasch Gegenkräfte mobilzumachen. Er förderte nun den Legitimitismus, obwohl er nach dem „Kaiser-Geburtsstags-Feier“, bei der ein Gegner der Legitimitisten das System wegen seiner

## Neger kämpfen für Franco

Madrid. (Savas.) Auf einem Abschnitt der Madrider Front sind Negerschwärme aufgetaucht. Es handelt sich um Schwarze von der Insel Fernando Po, die von den Aufständischen angeworben wurden.

## Schon wieder U-Boote in Tätigkeit

Valencia. Aus Larragona wird gemeldet: Ein Unterseeboot, dessen Nationalität nicht festgestellt wurde, hat zwei Torpedos auf den spanischen Dampfer „Duffister“ unweit der Küste am Leuchtturm La Punta del Faro lanciert. Der Dampfer wurde jedoch nicht getroffen.

Korruption und seiner Verbindung mit Banken und Industrie angegriffen hatte, die Legitimisten mit Hebeverboten bedacht hatte. Da sich aber die legitimistische Opposition stärker bemerkbar gemacht hatte und große Versammlungen abgehalten in der Lage war, unternimmt nun Schuschnigg einen Gegenzug. Unter dem Protektorat jenes Herrn Glatze, der wegen seiner Reden in Deutschland, in denen er die alte österreichische Armee, soweit sie nicht deutsch war, beschimpft hat, von den variablen Generalmajoren und Feldmarschalleutenants in ein arges Kreuzfeuer genommen wurde und dem der alte Generaloberst Danil vorhielt, daß er den Krieg nie an der Front gesehen habe, unter dem Protektorat des Glatze-Braunau also wird ein nationaler Verein aufgezogen, der zweifellos frei nazifisch ist, wobei man sich den rohen Witz leistet, ihn statutarisch auf das kulturelle

Gebiet zu beschränken, wo er „unschädlich“ sei (als ob nicht hier das Haupttätigkeitsfeld der Nazi liege und als ob nicht der Bod im Blumen-garten mindestens so gefährlich wäre wie im Krautfeld). Zugleich schaltet aber Schuschnigg wie es scheint, doch einen schwachen Widerstand auch gegen die Braunen ein, indem er in Oberösterreich einen Grafen Reverte die „Heimwehr“ neu beleben läßt. Das Ende der autoritären Schaulustpolitik ist leicht abzusehen. Einmal wird der „deutsche Bruder“ einen der vielen Anlässe, die Herr Schuschnigg produziert, zur Intervention benützen und die Autorität des Schilfrohrs durch die Autorität der edel Braunauer Hilferdepeitsche ersetzen. Oesterreich und Europa können dieser Folge der Schuschniggischen Staatskunst nur entgegengehen, wenn eine demokratische Neuordnung Mitteleuropas erfolgt, solange es noch Zeit ist!

Folge der Anti-CSR-Kampagne:

„Verstärkte Isolierung Deutschlands“

Das Echo aus England „Vergiftete Federn... Schändliche Verleumdungen“

London. (Neuer.) In einem „Ver-giftete Federn“ betitelten Artikel bezeichnet „Morning Post“ die deutsche Presse-kampagne gegen die Tschechoslowakei als böswillige Täuschung und führt des Weiteren aus: „Die Vorwürfe der angeblichen Volkshem-mung der Tschechoslowakei ließen sich ent-schuldigen, wenn in den inneren Verhältnissen der Tschechoslowakei etwas Mäkelhaftem läßt sich nicht reden. Die Tschechoslowakei, seit das Blatt fort, ist ein einzigartiges Beispiel der Demokratie im Donaugebiet und entwickelt sich in strikter Har-monie mit den demokratischen Prinzipien. In der Tschechoslowakei besteht allerdings eine kommuni-stische Partei, aber ihr Einfluß ist ganz gering. Die klaren Tatsachen können nicht Gegenstand einer Anschauung oder eines Strittes sein, sie sind jedem allgemein bekannt, der auch nur die geläu-tigste Kenntnis über die Verhältnisse dieses Staates besitzt. Die Tschechoslowakei als ein zweites Spanien hinzustellen, bedeutet eine vollkommene Unkenntnis des Charakters der Tschechoslowakei und der tschechoslowakischen Verhältnisse zu be-linden.“

land sträubt, an der Beschäftigung der tschechoslo-wakischen Flugplätze aus Furcht teilzunehmen, daß es sich selbst von der Schändlichkeit sei-ner Verleumdungen dadurch über-zeuge, daß bei dieser Inspektion nichts von dem ausgeht würde, wessen die Tschechoslowakei be-schuldigt wird? Das Blatt stellt die Frage, ob diese verleumderische durch nichts begründete Kampagne nicht bezwecke, die Tschechoslowakei ein-zuschüchtern, damit sie den Defensivvertrag mit der Sowjetunion aufhebe, und schreibt weiter: Diese ganze Angelegenheit kann Deutschland um die Sympathien bringen, welche neutrale Seiten bisher mit den antikomunistischen Helzbug Ver-stand hatten. Das ganze in der Entfesselung einer Kampagne künstlicher Erbitterung und Hasses be-ruhende deutsche „Aufklärungs-system“ kann nicht anders enden als mit einer ver-stärkten Iso-lierung Deut-schlands, gegen die es selbst ankämpft.

Gegen einen neuen Viererpakt

Paris. Zu den vielfach auftauchenden Gerüchten, daß Mussolini und Brüning in Rom abgemacht hätten, an England den Vorschlag zu richten, den Viererpakt zu erneuern, der den beteiligten Großmächten — unter eventueller Beziehung Bolens — faktisch die Entscheidung über die europäischen Geschicke überantworten und die kleineren Staaten, vor allem aber Sowjetrußland, aus der europäischen Politik ausschalten würde, nimmt die Pariser Presse durchwegs einen ablehnenden Standpunkt ein.

So schreibt „Le Nouvelliste“: Den Viererpakt zu erneuern, würde bedeuten, uns von unseren Freunden zu trennen, welche, da sie außerhalb des Rahmens dieser Politik stehen, ge-nötigt wären, ihre Positionen zu ändern. Sie wollen und von der Kleinen Entente, von unseren Verbündeten trennen. Wir werden nicht da-rauf eingehen. Sie wollen uns von der Sowjetunion trennen, um Rußland zu isolieren. Wir werden darauf nicht eingehen. Wer daran

Hat die Lumperei keine Grenzen?

Ottwalt als Belastungszeuge gegen Radek? Der Vernichtungskampf Stalins gegen die Opposition

Das „Prager Montagblatt“ dessen Anga-ben gewiß einer Überprüfung bedürfen, aber nach allem, was in den letzten Monaten geschehen, doch auf den ersten Blick viel Glaubwürdiges enthal-ten, bringt die Meldung, daß der vor kurzem in Moskau verhaftete deutsche Schriftsteller Ern-st Ottwalt, lange Zeit einer der meistgenannten Figuren der kommunistischen Publizistik, werde im Prozeß gegen Radek als Kronzeuge dienen. Er werde den, durch einwandfreie Dokumente bela-steten und überwiesenen Gestapo-Agenten ab-geben, der gegen Radek eingefeht werde, um die-sen zu überführen.

Die Dokumente aber seien so zustandegekom-men, daß Ottwalt in Berlin getarnt lebe und zur Tarnung — über Weizung Moskau — Briefe ins Ausland schreiben mußte, in denen er sich als Nazi gab. Diese Briefe würden nun gegen ihn verwendet werden, obwohl niemand in Moskau daran zweifeln könne, welche Verwandnis es mit ihnen habe. Die Schwägerin Ottwalts, die für Moskau wichtige Nachrichten bejorgt hat, spielt in die Affäre hinein.

Faktisch scheint mit dem Radek-Prozeß man-ches nicht zu stimmen. Er wurde verurteilt; Radek wurde als „Krant“ gemeldet, er scheint noch nicht reich zum buhlerischen Geständnis zu sein. Das Manöver mit Ottwalt wäre, wenn das „Mon-tagblatt“ richtig informiert ist, eine Lumperei, die übergleichen wohl nicht hat. Bezeichnend ist, daß sich die Stalinisten Her-zog-Edel-Weiß-kopf, in dem Vert-Brecht-Klub von Besuchern interpelliert, um jede konkrete Erklärung über den Fall Ottwalt gedrückt haben.

Nicht ganz geflärt ist auch, wie in die „Lidovoboznina“ ein Artikel gelangt ist, in dem nicht nur politisch gegen den Trochismus polemisiert wird, was sich ja durchaus rechtfertigen läßt, sondern mit gefährlichen Na-mensangaben oppositionelle Kommuni-sten, die man auch gar nicht in Bausch und Bo-gen als Trochisten bezeichnen kann, der Spitze

lei für die Gestapo bezichtigt werden. Es ver-tauet, daß die leichtfertigen Angaben in dem mysteriösen Artikel der sonst so gewissenhaften „Lid. Noviny“ u. a. auch einen nach Deutschland zurückgekehrten Emigranten auf äußerste gefähr-den. Sollte auch hinter diesem Artikel ein Wa-nöberder G.P.U. stecken, die sich ja längst der Denunziation als Kampf-mittel gegen alle Mißliebigen bedient?!

Radek-Prozeß beginnt Ungeheuerliche Beschuldigungen

Moskau. Die Staatsanwaltschaft der Sowjetunion teilt mit, daß der Prozeß gegen Biatkow, Radel, Sokolnikow, Serebrjajew, Muratow, Kuschik, Drob-nis, Wugulawskij, Rassew, Katschafat, Korfin, Schelnow, Strojow, Turul, Grafke, Puschin und Arnold vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes bereits am 23. Jänner beginnen wird.

Die vier Erstgenannten werden beschuldigt, im Jahre 1933 auf Befehl Trochis das „Pa-rallele Zentrum“ neben dem damals be-stehenden trochistischer-knowjewischen Zentrum or-ganisiert zu haben. Das Parallele Zentrum habe Sabotage- und Terrorgruppen organisiert; auch Terrorakte gegen führende Mitglieder der kom-munistischen Partei und der Sowjetregierung seien vorbereitet und sogar Spionage (!) zugun-sten einiger ausländischer Staaten betrieben wor-den. Diese Tätigkeit sei auf die Unterwühlung der militärischen Macht der Sowjetunion, auf den Widerstand für ausländische Angreifer bei der We-rtigung von Sowjetterritorium und bei der Bereicherung der Sowjetunion gerichtet gewesen; ihr Ziel sei auch der Sturz der Sowjetmacht, die Wiederherstellung des Kapitalismus (!) und der Herrschaft der Bourgeoisie (!) gewesen.

Bucharin suspendiert

Moskau. (Havas.) Es wird die Nachricht be-stätigt, daß Bucharin des Chefredakteur-postens bei der „Iswestija“ entbunden wor-den ist.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich

Die französischen Gegenforderungen vorgelegt Paris. Auf der dienstägigen Beratung über die Regelung der französisch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen, die länger als zweiein-halb Stunden gedauert hat, wurde die eingehende Erklärung der tschechoslowakischen Forderungen, u. zw. derjenigen, welche Frankreich selbst sowie auch der, welche die französischen Kolonien be-zieffen, fortgesetzt. Die französischen Delegierten legten sodann ihre Gegenforderungen vor und erläuterten sie. Die tschechoslowakische Dele-gation wird diese Forderungen prüfen. Das Datum der nächsten Konferenz wird später festgelegt werden.

Franco lehnt ab

London. Die Antworten der Burgos-Regierung und der Madrider Regierung auf den Vorschlag betreffend eine internationale Kon-trollkommission in London eingelangt. Die Madrider Regierung lehnt den Vorschlag im Prinzip nicht ab, während die Franco-Regierung erklärt, daß der Vorschlag in seiner gegenwärtigen Form für sie unannehmbar sei.

lächelt. „Sieammerlappen! Wenn Sie den Be-ruuf wechseln wollen, Herr Baal, dann lassen Sie sich von mir sagen, daß auch zum Mordmörder Wegabung gehört. Und nun verschwinden Sie. Nehmen Sie Ihren Hut und verschwinden Sie, sonst reißt mir noch die Geduld.“

Baal klopfte den Staub von seiner Hose, brachte seine Kravatte in Ordnung, nahm seinen Hut und schlich hinaus. An der Tür blieb er stehen und blickte sich nochmals um. Gerleintner packte Marions Tasche und warf sie auf das Bett. Er zuckte nicht mit einer Wimper. Wenn Baal einen Revolver bei sich gehabt und ihn ange-schossen hätte, er hätte wahrscheinlich mit drohendem Gepolter losgelacht, die Kugel mit der Hand auf-gefangen und zu Baal zurückgeworfen.

Marion kam aus ihrem Zimmer, lachend, einen angebliffenen Apfel in der Hand.

„Wer war denn der wilde Anabe?“ sagte sie.

„Baal.“

„Baal? Der sollte zum Film gehen. Hat eine Stimme wie ein Bär, und ein Monokel trägt er ohnehin.“

„Vielleicht verdient er beim Film Geld. In der Porzellanbranche dürfte ja für ihn nicht mehr viel zu holen sein.“

Baal drückte sich an die Mauer, vielleicht sah Gerleintner aus dem Fenster. Er sprang in das Auto, das in einer Seitengasse stand, und fuhr davon.

Er fuhr drei Stunden kreuz und quer durch die Stadt. Er fuhr vor die Stadt hinaus und wieder zurück. Das Wenzig ging aus; er ließ den Tank vollpumpen und jagte weiter. Auf einem Hügel machte er halt, hämmerte mit der Faust auf das Auto los, zerbeulte den Koffkugel, gerich sich die Haut an der Türangel. Zwei Augen, die vorübergingen, blieben stehen und sahen einan-der verständnislos an.

„Bevor Sie das Auto ganz zertrümmern,“

schenken Sie es mir“, rief der eine. Sie lachten und liefen weiter.

Baal sprang an den Volant, hegte den Wa-gen auf der großen Ausfallstraße in die Stadt zurück.

„Er war gestern nicht im Café“, sagte Ca-rola, als Hugo am nächsten Tag nach ihm fragte. „Ich habe erfahren, daß er entlassen wurde. Aber ich glaube, er wird seinen Urlaubs-plan nicht aufgeben. Gehen Sie zu ihm, reden Sie mit ihm, Hugo.“

Baal sah in seinem Zimmer, er war nicht angekleidet, er war nicht rasiert. Er ließ Hugo ent-treten. Er sah in Hugos Augen und wußte alles. Er hatte diesen Kellner vor ein paar Wo-chen verhöhnt, er hatte ihn aus Uebermut, aus Launenhaftigkeit, an bloßer Freude am Wehtun vor allen Gästen ins Herz getroffen: In seinen Traum. Nun war er verhöhnt worden, nun war ein Stärkerer neben ihm gestanden und hatte ihm noch gelan, aus Ueberlegenheit, aus dem Bewußt-sein einer Kraft, die er nicht mehr besaß. Nun waren sie gleich; Hugo war entlassen, Baal war entlassen, Hugo fand seinen Platz als Kellner, Baal keine Stellung als Agent, sie konnten sich die Welt von draußen ansehen, von dem großen Schutthausen, der im Siernentraum lag und auf den täglich Tausende und Tausende gestoßen wur-den. Die Welt ansehen! Kein schlechter Gedanke, sagte sich Baal. Fahren wir los.

„Fräulein Carola sagte mir, daß Sie auf ein paar Tage in die Berge fahren, Herr Baal. Ich hätte mir nie erlaubt, Sie darum zu bitten, aber da Fräulein Carola mich zu Ihnen schickte, er-luche ich Sie darum: Nehmen Sie mich mit. Ich werde Ihnen keine Angelegenheiten bereiten. Sehen Sie mich irgendwo ab, ich werde mich schon weiter durchschlagen. Ganz egal, wie, ganz egal, wo“

Carola. Also auch da hatte Carola die Hand im Spiel. Immer Carola.

„Ich nehme Sie gern mit, Hugo“, sagte Baal. „Ich hab Ihnen einmal noch getan; es tut mir leid, Hugo, ich bitte, verzeihen Sie mir.“

„Aber Herr Baal — das ist doch längst ver-gessen —“

„Wann wollen Sie losfahren?“

„Wann ich fahren will? Das hängt doch von Ihnen ab, Herr Baal.“

„Sagen wir — übermorgen. Ich hab noch einiges zu ordnen. Sie halten sich bereit. Um acht Uhr früh. Ich hol Sie ab.“

„Sie wollen mich abholen, Herr Baal?“

„Das spielt doch keine Rolle. Ich hab doch das Auto. Warten Sie am Fenster. Ich hupe dreimal. Haben Sie viel Gepäc?“

„Nur meinen Koffer.“

„Ich nehme auch nicht viel mit. Wir werden bequem Platz haben im Wagen.“

„Ich danke Ihnen recht sehr, Herr Baal. Es ist sehr lieb von Ihnen...“

„Also übermorgen. Um acht Uhr. Auf Wiedersehen, Hugo.“

„Auf Wiedersehen, Herr Baal.“

Auch Hugo wußte alles, als er Baal ver-ließ. Er brauchte kein Gepäc; selbst der Koffer war überflüssig. Die Puppe nahm er mit, die Klägliche, keine Stoffpuppe, die keine Hände mehr hatte; er füllte sie in Papier, er trug sie in der Tasche, all die Stunden, die er wartete, bis das Auto vor seinem Fenster hupte.

XV.

Am Sonntagvormittagen war das Café Hin-terbühler leer. Ein Klimawarenhändler aus der Hauwerklingasse war der einzige Gast; er las stumm seine Zeitung. In der Küche saßen Ma-rion und Bette. Marion hatte Bette eine Bluse ge-borgt, sie hatte sie zurückgebracht, ungewaschen, ein Knopf fehlte.

(Fortsetzung folgt)

Das Kaffeehaus in der Seitengasse Roman von Fritz Rosenfeld

„Zehntausend? Ich soll zehntausend auf den Tisch zahlen, und bekomme als Bürgschaft eine Photographie Ihres schönen Gesichtes? Ich soll Ihnen zehntausend geben, gegen eine Quittung, einen Heben Papier, und kann dem Geld dann nachlaufen, wenn Sie morgen durchbrennen? Da müssen Sie schon einen ganz Dummen suchen, Herr Baal, einen ganz ungewöhnlich Dummen, der Ihnen auf dieses Gesicht eingeht.“

Er verspottet mich. Er sagt nicht nur: Nein. Er sagt: Du bist ein Narr, weil du mich für einen Narren hältst. Er macht sich über mich lustig. Er wird heute Abend im Café erzählen: Heute war ein Narr bei mir, wollte zehntausend in bar, ohne Bürgschaft auf den Tisch gezahlt, und der Narr hieß Alexander Baal. Dort sitzt er, sieht ihn auch an.

„Ich lasse mich nicht von Ihnen verhöhnen, Gerleintner“, sagte Baal. „Sie können mir das Geld verweigern, aber Sie haben nicht das Recht, mich einen Narren zu nennen.“

„Ich habe das Wort Narr nicht gebraucht“, sagte Gerleintner entschieden. „Und wenn ich es gebraucht hätte —“

Da fuhr ihm Baal an die Kehle. Seine Linke klammerte sich um Gerleintners Hals, seine Rechte griff nach einer Flasche, die auf dem Tisch stand. Aber ehe Baal die Flasche erheben hatte, hatte Gerleintner ihn abgeschüttelt. Er warf Baal zurück, Baal glitt aus, lag auf dem Boden, Hän-glich, mit verdümmtem Blick, ein verprügelter Hund.

„Mittant“, brüllte Gerleintner unter Ge-

# Sudetendeutscher Zeitspiegel

## Der Wandel in der SdP...

### Schwere Auseinandersetzungen im Duxer Bezirk

So wie die Massen der SdP vor Monaten angeführt und der These der Volksgemeinschaft verfallen sind, so enttäuscht sind viele Menschen nach kurzer Zeit mit der Tätigkeit der SdP-Führung. Die „Duxer Zeitung“ und die „Rundschau“ berichteten im Jahre 1935, daß der Bezirksführer Dr. Eichhorn in Klostergrab den Bezirk Dux hundertprozentig durchorganisiert habe und die Tätigkeit des Führers wurde als Muster dargestellt. Aber die Eingefangenen der SdP haben schon nach wenigen Wochen erkennen müssen, daß sie doch nur die Irreführten sind und so kam es in den SdP-Verfassungen zu stürmischen Auseinandersetzungen und scharfen persönlichen Angriffen. Die Gewalt des Führers reichte aber damals noch hin, die Opposition zu unterdrücken. „Alte Kämpfer“ wurden aus der Partei ausgeschlossen, weil sie von der Leitung einen Rechenschaftsbericht über die Verpfändungen abverlangten. Trotz der starken parlamentarischen Fraktion der SdP konnte die Herren auf keinen positiven Erfolg verweisen und die Unzufriedenheit stieg. So kam es, daß der Bezirksführer Dr. Eichhorn abgesetzt wurde und sich mit der

Leitung der Ortsgruppe in Klostergrab zurückziehen mußte. Der Strach in der Ortsgruppe Klostergrab steigerte sich von Versammlung zu Versammlung. Herr Dr. Eichhorn konnte nach vor einigen Wochen unzufriedene Kameraden aus der Partei ausschließen lassen (Haimann und Gesoffen). Am Freitag aber fand eine SdP-Verammlung statt und siehe da, in dieser Versammlung wurde der Herr Ex-Bezirksführer und Ortsgruppenführer Eichhorn seiner Funktion entzogen. So konnte man Samstag in Klostergrab die Beobachtung machen, daß die SdP-Tafel vom Hause des H. Dr. Eichhorn entfernt wurde und die ausgeschlossenen Kameraden mit dem neugewählten Führer die Akten abholten. Auch in der SdP-Ortsgruppe S a a n hat man im Verlaufe weniger Monate einigemal einen neuen Führer bestimmen müssen; es kursieren die verschiedensten Gerüchte über Grund und Ursachen. In La n g a u z e nehmen die Auseinandersetzungen innerhalb der SdP die scharfsten Formen an und soweit die Berichte aus dem übrigen Bezirksgebiet vorliegen, tracht es in allen Kreisen der SdP...

## Forderungen der Glas- und Keramarbeiter

Western berichteten wir über die große Karlsbader Manifestations-Rundgebung der Glas- und Porzellanarbeiter, welche an Umfang und Bedeutung alle bisherigen Aufmärsche von Angehörigen dieses Berufes übertrafen. Ihre Forderungen, Forderungen der Arbeiter zweier von der Straße am stärksten betroffenen Industriezweige, verbolmeisterte der Vorsitzende des Verbandes der Glas- und Keramarbeiter, Genosse K e u m a n n. Aus seiner Rede führen wir an:

Trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Besserung hat sich die Arbeitslosigkeit in der Glas- und Porzellanindustrie, die beide Exportindustrien sind, noch nicht vermindert. Im Gegenteil, unsere Porzellanindustrie hat im Jahre 1936 noch einen weiteren Exportrückgang von 8 Prozent gegenüber dem Vorjahre aufzuweisen und auch die Glasindustrie weist einen vierprozentigen Ausfuhrückgang auf. Die geringe Verbesserung, welche wir in den letzten drei Monaten vor Weihnachten aufzuweisen hatten, ist wieder zu Ende.

so daß die Arbeitslosigkeit seit Anfang Dezember in der Glasindustrie um 29,5 Prozent, Porzellanindustrie um 44,4 Prozent neuerlich angelegenen ist

und man muß gegenwärtig die wirtschaftliche Situation in diesen beiden Exportindustrien geradezu katastrophal bezeichnen. Die Ursache hierfür liegt darin, daß wir auf Grund der Abwertung in den früheren Goldbolschländern im doppelten Ausmaß gegenüber unserer KC nicht nur neuerlich einen Teil des Absatzes nach diesen Ländern verloren haben, sondern, daß nun auch die Porzellan- und Glasindustrie der früheren Goldbolschländer auf den übrigen Weltmarkt als neuerliche Konkurrenten auftritt, wodurch unserer Porzellan- und Glasindustrie eine schwere Gefahr droht und wir noch weitere Absatzgebiete verlieren, wenn nicht scharfsinnige Hilfsmaßnahmen für unsere Exportindustrien bald getroffen.

Die erfolgreiche Bekämpfung der großen Arbeitslosigkeit in der Porzellan-, Steingut- und Glasindustrie liegt in der Hauptsache auf dem Gebiete der Steigerung des Exportes. Es wurde insoweit begründet, als sich unsere Regierung diesem Grundsatze zu eigen machte und sich mit dem Problem der Exportsteigerung durch staatliche Hilfsmaßnahmen für unsere schwer bedrängten Exportindustrien befähigte.

Die eigenartige Struktur, welche heute die Weltmarktlage aufweist, das ständige Abde Ringen um jedes Absatzgebiet zwischen den Exportindustrien der einzelnen Länder erfordert aber ein scharfes und durchgreifendes Handeln, wenn die geplanten Hilfsmaßnahmen zur Förderung unseres Exportes wirksam sein sollen. Für die Porzellan- und Glasindustrie erfolgt der Abschluß des Aus-

landschaftes in zwei Abschnitten für das ganze Jahr im Zusammenhang der Frühjahrs- und Herbstmesse. Der erste Abschnitt des Auslandschaftes steht nun unmittelbar bevor und wenn die geplanten Exportfördermaßnahmen der Regierung nicht sofort verwirklicht werden, sind weitere sechs Monate verloren. Dadurch wird die ohnehin große Arbeitslosigkeit verlängert, nebst dem besteht aber die Gefahr, daß sie auch noch ein größeres Ausmaß annimmt, weil jede Verzögerung für die Schaffung einer erfolgreichen Konkurrenz, den dauernden Verlust bestehender Absatzmöglichkeiten bedeuten kann.

Folgsbedenken müssen wir heute mit aller Entschiedenheit verlangen, daß die geplanten Exportfördermaßnahmen für unsere Porzellan- und Glasindustrie seitens der Regierung sofort einer günstigen Erledigung zugeführt werden.

Für eine erfolgreiche Bekämpfung der ungesünderen Wirtschaftskrisen unserer Exportindustrien gehört aber nicht nur die Bereitstellung finanzieller Mittel in Form der Refundierung der Handelssteuern, Gewährung von billigen Industriekrediten und Ermäßigung der Frachttarife, sondern alle diese Maßnahmen müssen unterstützt werden durch eine größere Rücksichtnahme auf die Ausfuhr unserer Porzellan- und Glaswaren beim Abschluß von Handels- und Kontingentverträgen. Vom reinen volkswirtschaftlichen Standpunkt müßte unserer Porzellan- und Glasindustrie in der Handelspolitik eine Vorzugsstellung eingeräumt werden, denn hier betragen die Löhne bis zu 50 Prozent von den Herstellungskosten. Die Rohstoffe sind alle im Inlande und lediglich einige chemische Produkte werden vom Auslande benötigt.

Unser Streben gilt dem Wiederaufbau unserer Exportindustrien, weil nur dadurch dem von Wirtschaftskrisen und Elend schwer bedrängten Menschen im deutschen Randgebiet ohne Unterschied der nationalen Zugehörigkeit wirklich geholfen werden kann. Wenn es der Industrie- und Arbeiterkammer in unseren Gebieten wieder besser geht, dann wird auch die übrige Bevölkerung wieder eine bessere Existenzmöglichkeit aufzuweisen haben.

Wir verlangen Arbeit durch Steigerung des Absatzes unserer Porzellan- und Glaswaren. Unsere Arbeiterkammer fordert die Erhaltung ihrer Lebensgrundlage und Anteil an der wirtschaftlichen Besserung, sie verlangt mit aller Entschiedenheit von der Regierung, daß alle notwendigen Maßnahmen für die Schaffung von Arbeit und Brot sofort verwirklicht werden. Sie verlangt die Sicherung ihres Arbeitsplatzes sowie der sozialen Erwerbsverhältnisse, Ausbau derselben und Besserung ihrer Einkommensverhältnisse infolge von Lohnaufschlägen.

Wären die Regierungsstellen erkennen, daß die Situation ernst ist und dementsprechend behandelt werden muß. Aber auch die Unternehmer sollen zur Kenntnis nehmen, daß die Porzellan- und Glasarbeiter bereit sind, für eine bessere Lebensbedingung zu kämpfen.

### Beispielhafte Werbe-Aktion im Trautenauer Kreis

Wir lesen im Trautenauer „Echo“: 50 neue Parteimitglieder wurden Samstag und Sonntag im Bezirk Trautenau durch unsere braven Werber in die Reihen der SdP gebracht. Wie jetzt sind im Bezirk Trautenau mehr als 800 Parteimitglieder geworben worden. Die Werbung wird nunmehr auch im Bezirke Hohenelbe aufgenommen werden und zu den im Arnauer Bezirk bereits gewordenen 120 Parteimitgliedern werden sicher noch mehr als hundert kommen. Auch im Bezirk Braunau haben einige Orte im ersten Anlauf sehr gut abgeschnitten und mehr als 150 Parteimitglieder gewonnen.

Kriminalstatistik. Der Egertzer Gendarmerie-fahndungsstation wurde im Jahre 1936 gemeldet, daß 178 Anzeigen erstattet, von denen 90 Fälle festgestellt wurden. Davon waren 46 Diebstähle, acht Raubüberfälle, zwei Morde, ein Totschlag, sieben Einbrüche und Rassenbrüche, eine Münzfälschung, acht Brände, vier Autounfälle und 98 Erbeubungen.

### Freiengewerkschaftlicher Erfolg

Bei der am Montag, den 18. Jänner, im Betrieb der Firma Grohmann, Spinnerei in Bistritzer (Bezirk Teplitz), durchgeführten Wahl des Betriebsausschusses erhielt die Liste der „Union der Textilarbeiter“ 182 Stimmen und fünf Mandate, die „Deutsche Arbeitergewerkschaft“ 72 Stimmen und zwei Mandate. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiterschaft steht also auch in diesem Textilbetriebe zu der freien Gewerkschaft.

Eine neue Entdeckung haben die Genleint-Zeitungen gemacht: die Sozialistische Arbeiter-Sport-Internationale sei eine Schöpfung der freien Gewerkschaften. Und da diese Internationale nach der Behauptung des Prager Zeitungsdiens (eines Unternehmens des früheren „Tag“-Chefredakteurs Max K a r g) die spanische Regierung offen unterstützt, werden die freien Gewerkschaften gleich mit angegriffen; es finde, so schreiben die Genleint-Blätter, bei den freien Gewerkschaften eine feltame Vermengung von Sport und Politik statt. Und da nun Julius D e u t s c h, der jetzt in Spanien ist, zugleich Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale ist, meinen die Genleint-Blätter eine Gelegenheit zu haben, dem Arbeitersport mit Denunziationen eines auszuweichen. — Zu den Dummenheiten, die in dem Artikel des Max K a r g zum Ausdruck kommen, sei lediglich bemerkt, daß die sozialistischen Sportorganisationen selbständige Gebilde sind und die freien Gewerkschaften auch. Und daß die Unterstützung der spanischen Regierung durch die gesamte Arbeiterschaft leider noch immer nicht jenen Umfang angenommen hat, den die Unterstützung der ausländischen Generale durch unsere f i m i e n s e Reaktionen aufweisen kann. Wenn es irgendwelche unerlaubte Verbindungen mit dem Ausland gibt, dann sind es die unserer Genleint-Blätter mit dem Hitlergeißt.

## Vor neuen Verfolgungen der Kirche im Dritten Reich

### Die deutschen Bischöfe ratlos

Rom. (Tsch. P. B.) Die deutschen Bischöfe und Bischöfe aus Berlin und Münster hatten Sonntag nachmittags und am Montag neuerlich wichtige und lange Unterredungen mit dem Kardinal-Staatssekretär P a c e l l i. Die Reise nach Rom hatten sie unverzüglich nach ihrer Konferenz in Fulda angetreten. Der Vatikan war über die sich täglich verschlimmernde Lage der Katholiken in Deutschland eingehend informiert worden. In gutinformierten Kreisen verlautet, daß die Ergebenheitsabgebungen und der Verhandlungswille der deutschen Bischöfe von der deutschen Regierung bisher vollständig ignoriert worden seien.

Es scheint, daß in Deutschland Maßnahmen vorbereitet werden, durch welche die Tätigkeit der katholischen und der protestantischen Kirche für die Zukunft nur auf die Abhaltung von

G o t t e s d i e n s t e n beschränkt werden soll. Nicht nur auf dem Gebiete der Jugendber- s i e h u n g, sondern sogar auf dem Gebiete der Krankenpflege und des W o h l f a h r t s w e s e n s soll die Tätigkeit der Kirchen vollständig aufhören. Auch die deutsche Diözesan-Presse soll ihr Erscheinen einstellen.

Die Verfolgung der Katholiken sei bereits keine Angelegenheit der nationalsozialistischen Partei mehr, sondern werde auch von den Regierungskreisen als betrieben.

V a t i k a n. In informierten Kreisen verlautet, daß der Vatikan die deutsche Regierung um Aufklärung über die beabsichtigte Schließung aller katholischen Schulen erucht hat. Die deutschen Bischöfe warten in Rom die Antwort aus Berlin ab, um hierauf mit dem Vatikan über ein weiteres Vorgehen zu beraten.

## Eine entscheidende Woche

### Klärung der französisch-deutschen Beziehungen?

PARIS. Die Tage um den 20. Jänner werden in mancherlei Beziehung bedeutsam, ja vielleicht entscheidend sein, und zwar in erster Linie für die künftigen französisch-deutschen Beziehungen.

Auf einen Renner gebracht, lautet das ganze Problem: Soll Frankreich dem Nachbarlande wirtschaftlich helfen, bevor eine allgemeinpolitische Klärung erfolgt ist, oder sind Wirtschaftsverhandlungen abhängig vom Ausgang politischer Versprechungen? Dies ist das eigentliche Problem, aber in der diplomatischen Welt lassen sich selten Fragen wichtiger Natur so scharf umreißen, die Grenzen pflegen ineinanderzufließen, und auch diesmal ist es so, daß das Entweder-Oder nicht subordiniert, sondern koordiniert ist. Für Frankreich handelt es sich um ein Sowohl-Ald auch. Denn es ergibt sich von selbst, daß ohne eine direkte Aktion von Seiten Frankreichs in dieser Woche gewisse politische Entscheidungen in Berlin getroffen werden müssen, die ohnehin aufklärend genug sein werden. Es handelt sich darum, daß — vielleicht schon in dem Augenblick, wo diese Zeilen erscheinen — die Antworten Deutschlands und Italiens auf die englische Anfrage in Bezug auf ein Verbot von Freiwilligen-Entsendungen nach Spanien bekannt sein werden. Außerdem werden sich der deutsche und italienische Vertreter in dieser Woche im Nichtinterventionsausschuss darüber äußern, ob ihre Regierungen den vom Ausschuss ausgearbeiteten Kontrollplan akzeptieren oder ablehnen.

Sollte sich aber der Horizont in Bezug auf das Spanienproblem erhellen, sollte Deutschland ein ähnliches Gesetz gegen Truppenentsendungen erlassen wie es zuerst England und jetzt Frankreich getan haben, und sollte dieses Gesetz auch durchgeführt werden, so wäre auf der politischen

Waffe ein Fortschritt erreicht, der für alsbald beginnende Wirtschaftsverhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland von größter Bedeutung sein könnte.

Jedenfalls wird man also in Paris bis zum 24. Jänner etwas deutlicher die Linien sehen, die sich auf dem politischen Firmament abzeichnen. Warum bis zum 24.? Weil an diesem Sonntag L e o n B l u m i n L y o n e i n e Rede halten wird, in der er ausführlich das Problem der französisch-deutschen Beziehungen erörtern und vor allem zu den Wünschen Deutschlands, zu einem Wirtschaftsabkommen mit Frankreich zu gelangen, eingehend Stellung nehmen wird. Wird er Bedingungen stellen? Niemand kennt noch das Redeconcept Wums, er selbst wird es noch nicht einmal im Kopfe festgelegt haben. Denn gerade die Tage vor der Rede können vielerlei Neues bringen, und die Rede wird, so oder so, nur eine Antwort oder ein Echo auf das darstellen, was sich in diesen Tagen auf einer ganz anderen Ebene ereignet haben wird.

Der Präsident der Republik empfing am Dienstag den Rektor der tschechischen technischen Hochschule in Brinn Professor Ing. O. Beletovskij. Ferner empfing er für den Vorstand der böhmischen Sparkasse den Senator S b e e n h und den Senator Dr. K l o u d a und schließlich den Generalsekretär der Safatit-Verleihen-Gesellschaft Professor Dr. R. K e c a n d a.

Die Frage der Herabsetzung der Zuerpreise wurde gestern im Subkomitee des Ernährungsausschusses ausführlich behandelt; die Verhandlungen sollen heute abgeschlossen werden, worauf ein ausführlicher Stommunikat ausgegeben werden soll.



„Ossičky ist ein froher Mann“ (Erklärung der Reichsregierung)

Einen so wertvollen Menschen, wie ein Nobelpreisträger ist, muß man doch gut bewachen.

# Tagesneuigkeiten

## Vorsicht bei Berufungen!

### Die Gefahren unrichtiger Einbringung

—rb— Dieser Tage fällt das Oberste Gericht in Prag eine bemerkenswerte Entscheidung. Die Direktorin eines Frauenpensionats, die einen Prozess vor dem Arbeitsgericht gegen ihre Dienstgeber verloren hatte (der Tatbestand tut nichts zur Sache), brachte knapp vor Ablauf der Berufungsfrist Berufung an das, als zweite Instanz fungierende Ziviltribunal ein. Die Berufung wurde aber nicht, wie durch die Zivilprozessordnung vorgeschrieben, bei der ersten Instanz eingebracht, der dann die Weiterleitung obliegt, sondern direkt bei dem Berufungsgericht. Dieses Gericht schickte am letzten Tag der Berufungsfrist die Berufung an die zu deren Entgegennahme allein berufene erste Instanz (also an das Arbeitsgericht, dessen Urteil angefochten werden sollte), wo die Berufung einen Tag nach Ablauf der Berufungsfrist eintraf. Die Folge war, daß das Berufungsgericht die Berufungseingabe als verspätet eingebracht ohne weiteres abwies. Die Berufungswerberin rekurrierte an das Oberste Gericht, das dahin entschied, daß für die zeitliche Einbringung lediglich das Datum des Einlaufes bei dem zuständigen Gericht maßgebend sei. Im vorliegenden Fall müßte die Berufung als verspätet eingekommen angesehen werden, da sie einen Tag nach Ablauf der Berufungsfrist bei dem zuständigen Gericht einlief. Es spielte dabei keine Rolle, daß die Berufungsinstante die Eingabe noch in „offener Frist“ an die zu ihrer Entgegennahme einzig berechtigten ersten Instanz abgefertigt habe.

Diese Entscheidung ist geeignet, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die auch bei Einbringung von Berufungen gegen Entscheidungen und Verfügungen verschiedener Behörden erster Instanz bestehen, zumal solche Eingaben meist ohne Beiziehung einer rechtskundigen Person erfolgen. Wer gegen ein Erkenntnis der Bezirksbehörde, der Staatspolizeibehörde, der Steuerverwaltung, der Bezirksunterhaltskommissionen usw. Berufung einlegen will (mag es sich nun um eine Polizeistrafe, um die Verweigerung einer Konzession, der Ablehnung einer Unterstützung, eine Steuerbefreiung u. dgl. handeln), wird in der Regel wissen, an welche übergeordnete Behörde er sich zu wenden hat und regelmäßig auch die in dem betreffenden Bescheid angeführte Frist einhalten. Weniger bekannt ist der Grundsat, daß solche Berufungen (Rekurse, Beschwerden) bei der Behörde oder der Stelle einzubringen sind, die die angefochtene Entscheidung oder Verfügung herausgegeben hat. Es kommen immer wieder Fälle vor, wo der Berufungswerber (Beschwerdeführer, Rekurrent) infolge missverständlicher Auffassung der betreffenden Behörde seine Eingabe direkt an die zur Entscheidung berufene zweite Instanz richtet, die nichts anderes tun kann, als die Eingabe der ersten Instanz zur Entgegennahme und Weiterleitung abzutreten. Auch im besten Fall entsteht auf solche Art ein überflüssiger Zeitverlust. Unter Umständen kann ein solches Versehen aber auch rein formellen Gründen zum Verlust eines Anspruches führen, der seinem Inhalt nach sonst vielleicht gute Aussicht hätte, in der zweiten Instanz durchzubringen. Obwohl anerkannt werden muß, daß solche falsch eingebrachte Eingaben von den zweiten Instanzen regelmäßig sofort an die richtige Stelle erster Instanz abgefertigt werden, kann es doch vorkommen, namentlich wenn sie erst kurz vor Ablauf der Berufungsfrist eingebracht wurden, daß diese Frist inzwischen abläuft und die Eingabe kurzerhand als verspätet eingebracht ohne weitere Behandlung abgewiesen wird.

Allerdings stehen die Verwaltungsbehörden, im Gegensatz zu der eingangs erwähnten strengen obergerichtlichen Entscheidung, die bloß für gerichtliche Streitigkeiten Geltung hat, auf dem Standpunkt, daß in solchen Fällen die Frist nicht als verjährt gilt, wenn die betreffende zweite Instanz noch vor Ablauf der Berufungsfrist die Sache an die zur Entgegennahme bestimmte Stelle expediert hat. Allerdings einen rechtlichen Anspruch auf solche rechtzeitige Erledigungen hat der Beschwerdeführer aber natürlich nicht und wenn die Eingabe zu spät expediert wurde, muß er die Folgen der unrichtigen Einbringung eben tragen. Es liegt also im Interesse eines jeden, der gegen eine behördliche Entscheidung oder Verfügung berufen will, daß er sich darüber im Klaren ist, welche Stelle zum Empfang seiner Eingabe kompetent ist und daß er auf alle Fälle die Einbringung dieser Eingabe bis auf den letzten Tag verschiebt.

**Stürme und Fröste.** Ueber der Nordsee wütet orkanartiger Südoststurm in der Stärke von 11 bis 12, der starke Schneemassen vor sich her treibt. Außer dem norwegischen Dampfer „Tryn“ hat der deutsche Dampfer „Schleswig“ auf der Unterelbe Maschinenjaden erlitten. — Im Kermelana wütete Montag ein heftiger Sturm. Der Schiffverkehr zwischen Dover und Dunquerque mußte eingestellt werden. — Wegen starken Frostes wurde die Oder-Schiffahrt vollständig eingestellt. In der Nacht wütete in Deutschland ein Schneesturm, der sich auch auf das Baltische Meer erstreckte, wo viele Schiffe von ihm überrascht wurden. Die Schiffe suchten eiligst in verschiedenen Häfen Schutz. Die Menge des gefallenen Schnees ruft im Eisenbahnverkehr Schwierigkeiten hervor. — In ganz Polen

# Die Streicher-Kultur



**Reklamegöi - Thomas Mann**  
Ist der Thomas denn ein Mann.  
Wenn er weiter sonst nichts kann?

herrschen strenge Fröste. In Lemberg mußten 87 Personen mit Erfrierungen an Händen und Füßen ins Krankenhaus geschafft werden. — Der Ohio (USA) ist aus seinen Ufern getreten. Tausende von Eintwohnern mußten in großer Eile aus den bedrohten Wohnstätten evakuiert werden. — Ein schweres Unwetter brachte in der Nähe von Jenin zwei Häuser zum Einsturz. Elf Personen fanden dabei den Tod.

**SES.** Montag vor Mitternacht in der Nacht auf Dienstag sandte der norwegische 3000 Tonnen-Dampfer „Tryn“ mit einer Besatzung von 19 Mann, der sich auf der Fahrt von Norwegen nach Riddlesborough in England befand, SES-Muse aus und teilte mit, daß das Steuer gebrochen und der Dampfer dadurch manövrierunfähig geworden sei. Am 22 Uhr befand er sich 60 Seemeilen südwestlich der norwegischen Küste. In der Depesche wird weiter hinzugefügt: „Allmählich sinken wir.“ Der norwegische Postdampfer „Venus“, der die SES-Muse auffing, ist sofort ungesichert der auf der See herrschenden Stürme, dem Dampfer zu Hilfe geeilt. Nach vierstündiger beschleunigter Fahrt erreichte der Dampfer das gesunkene Schiff „Tryn“, aber es war offensichtlich, daß die Rettungsarbeiten erst in den Morgenstunden werden aufgenommen werden können.

**Söllmaschinen in einer Redaktion.** In Wilna explodierte heute in den Kellereien eines Hauses, in dem sich die Redaktion des jiddischen Blattes „Wilnaer Tog“ befindet, eine Söllmaschine, wodurch das Redaktionslokal und teilweise auch die Druckerei stark beschädigt wurden. Da in den frühen Morgenstunden in der Redaktion niemand anwesend war, hat die Explosion keine Opfer an Menschenleben gefordert.

**Explosion in einer Molkerei.** Im Gebäude der Genossenschaftsmolkerei in Weis explodierte Dienstag vormittags ein Generator. Die Inneneinrichtung der Molkerei wurde demoliert, die Wände wurden zerstört und ein vor dem Gebäude stehender Wagon wurde zertrümmert. Die Monteur Rudolf Eder und Josef Melsweg wurden durch die Explosion getötet. Vier weitere Angestellte des Unternehmens erlitten schwere Verletzungen.

**Spanier in Dänemark.** (Gn.) Dieser Tage lief der Dampfer „Lisland“ der dänisch-französischen Schiffsfahrtslinie in dem Hafen von Riberia ein. Er brachte drei Spanier mit, von denen einer englisch spricht, so daß man sich mit ihm verständigen konnte. Wie der Kapitän berichtet, hörte man bald nach der Abfahrt aus dem spanischen Hafen Quelva, der in der Gewalt der Franco-Rebellen ist, jammernde Mufe aus dem Schiffsbauch. Man ging ihnen nach und fand drei Männer, von denen einer noch Uniformreste am Leibe hatte, die anderen beiden waren in Lumpen gehüllt. Sie erzählten, daß sie der Regierungarmee angehörten, aber in Gefangenschaft geraten und erschossen werden sollten. Sie bereiteten sich schon zum Tode vor, als es ihnen im letzten Augenblick noch gelang, sich auf das spanische Schiff zu retten und sich darin zu verstecken. Auf die Frage, ob sie in Dänemark bleiben wollten, erklärten sie, das sei keineswegs der Fall, sie möchten so schnell als möglich wieder nach Spanien, aber natürlich nur in einen Regierungshafen. Nachdem man sie darüber beruhigt hatte, daß der spanische Gesandte im demokratischen Dänemark kein Franco-Mann ist, erklärten sie sich einverstanden damit, daß die Gefandtschaft benachrichtigt werde. Da die „Lisland“ nicht nach Kopenhagen weiterging, wurden die drei Spanier in „Schubhaft“ genommen, in einer geräumigen und sauberen Zelle

des Gefängnisses untergebracht, aber sofort reichlich verpflegt. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Organisation von Riberia suchte sie alsbald auf und sorgte auch weiter für ihr Wohlbefinden. Sie fuhrten dann nach Kopenhagen, wo sie allerdings einige Zeit werden bleiben müssen, da zunächst alle nach Spanien auslaufenden Schiffe für Franco-Häfen bestimmt sind!

**„Man braucht keine Zivilisation!“** Der amerikanische Indianer, aber ein millionenschwerer Mann. Es war von ihm deshalbs schon mehr eine Laune, wenn er sich dazu entschloß, den Annehmlichkeiten seines Daseins zu entsagen und für einige Monate in einem bestimmten Waldbezirk zu leben und nichts anderes mit sich zu nehmen als die Kleider, die er auf dem Leibe trug. So lauteten jedenfalls die Bedingungen einer Wette, die er mit ein paar reichen Freunden einging. Vor ein paar Tagen ist er aus der Einsamkeit zurückgekehrt. Er hat in der letzten Woche 100 Meilen zurückgelegt. Im übrigen aber beschränkte er sich darauf, gewisse Moosarten und unter Schnee hervorgegrabene Beeren zu essen und außerdem von Wurzeln zu leben, die er nach alter Indianerart anzurichten verstand. Er hat die Heberzeugung gewonnen, daß man gar keine Zivilisation benötige.

**Krönungsmarken.** König Georg VI. hat seine Zustimmung zu der Ausgabe von besonderen Briefmarken erteilt, die aus Anlaß seiner Krönung in Umlauf gesetzt werden sollen. Die Marken werden vom Mai bis zum Dezember d. J. bei den Postämtern verkauft werden. Auf ihnen werden das Königspaar sowie die Krönungs-Melodien abgebildet sein.

**Slawische Rentenfeier.** Die Karls-Universität gedachte des 100jährigen Jubiläums der Herausgabe der Geschichte Polachs und der Slawischen Denkmäler Sokals in einer Festversammlung, die Dienstag vormittags im Collegium Magium der juristischen Fakultät stattfand.

**Britische Matrosen vermisst.** Nach einer beim englischen Kolonialministerium eingegangenen Meldung wird eine aus sechs Offizieren und Mannschaften bestehende Landungsabteilung des britischen Forschungsschiffes „Discovery 2“ in der Antarktis seit einiger Zeit vermisst. An der Suche beteiligten sich auch das britische Kriegsschiff „Vag“ sowie eine Reihe von Walfängern.

**Der Leibarzt des Regus.** Vor dem Sofioter Strafgericht fand eine Verhandlung gegen den ehemaligen Leibarzt des Kaisers von Abessinien Halle Selassie, Dr. Jordan Schirolof, statt, der zu elfenhalb Jahren schweren Kerkers wegen eines schweren Sittlichkeitsverbrechens verurteilt wurde. Doktor Schirolof lebte lange Jahre am abessinischen Kaiserhofe, wo er sich des besonderen Vertrauens des ehemaligen Kaisers erfreute. Während des italienisch-abessinischen Krieges kam er nach Sofia, wo er zahlreiche Vorträge über Abessinien hielt. Dr. Schirolof wird seine Strafe kaum antreten, denn er wurde gegen Kaution in Freiheit gesetzt bevor das Gerichtsverfahren noch begonnen hatte und hält sich gegenwärtig im Iran auf.

**Die neuen Fünfkronenstücke.** Wie bereits gemeldet, ist eine Novelle zum Gesetz über die Scheidemünzen in Vorbereitung, wonach neue Fünfkronenstücke aus reinem Nickel geprägt werden sollen, die sich die bisherigen Fünfkronenstücke, die aus einer verhältnismäßig weichen Silberlegierung bestanden, im Gebrauch allzu rasch abnützten. Die neuen Nickelmünzen werden acht Gramm wiegen; sie sollen binnen zwei Jahren die alten Silbermünzen vollständig ersetzen. — Zu bedauern ist, daß nach einer Mitteilung des Finanzministeriums die neuen Nickelmünzen die Prägung der bisherigen Silbermünzen

## Schwerer Unfall in der Preßburger Waffenfabrik

Dienstag um halb elf Uhr vormittags ereignete sich im Preßburger Betrieb der Tschechoslowakischen Waffenfabrik ein Unglück. Bei der Materialausgabe fiel durch einen unglücklichen Zufall eine Riste mit Kapfen für Jagdsinten herab. Die Riste explodierte. Es wurden zwei Arbeiter getötet, u. zw. der 36jährige Arthur Vok, ledig, aus Devin und der 31jährige verheiratete Bohumil Krumel aus Devin. Ein Arbeiter, Josef Gal aus Lamac schwer verletzt. Der Gang des Gebäudes wurde zum Teil demoliert. Der Fall wird untersucht.

Pratislava. Der schwerverletzte Josef Gal ist kurz nach Mittag seinen Verletzungen im Krankenhaus erlegen, so daß die Zahl der Opfer insgesamt drei beträgt.

## Eine Explosion in Lodz

Warschau. In der Papierfabrik der Firma Paskowski in Lodz erfolgte wahrscheinlich infolge des starken Frostes die Explosion eines Dampfessels, die das Fabrikdach und eine Seitenvand des Gebäudes schwer beschädigte. Wenige Minuten nach der Explosion stürzte die Seitenwand des Fabrikgebäudes ein. Durch die Explosion wurden acht Personen zum Teil schwer, beim Mauererinsturz weitere drei Personen verletzt.

unterändert übernehmen sollen. Es ist ja bekannt, daß die Fünf- und die Einkronenmünzen sehr oft verwechselt werden, da ihre Rückseite vollkommen gleich ist. Wenn nun schon neue Münzen ausgeprägt werden, dann sollte man doch die Gelegenheit benützen, um die Rückseite der neuen Münzen von jener der Einkronenstücke etwas zu unterscheiden, zumal sich ja die neuen Nickelmünzen auch durch Farbe und Glanz von der Legierung, aus der die Einkronenstücke hergestellt sind, noch weniger unterscheiden dürften als bisher die Silbermünzen. Die Kosten für einen neuen Prägestempel dürften denn doch noch zu erschwigen sein!

**Frost oder Regen?** In Karpathenland hatte sich der Frost bei heiterer Nacht erneut verstärkt. Jasina meldet ein Minimum von —30, Wolowé von —28 und Chust von —19 Grad. In Westdeutschland hat sich eine starke Grenze zwischen den kalten kontinentalen und den warmen ozeanischen Luftmassen ausgebildet. In der kontinentalen Luft wurden Dienstag um 14 Uhr fünf bis zehn Grad Kälte, dagegen in der ozeanischen Luft fünf bis sieben Grad Wärme verzeichnet. Die Grenze schreitet nun sehr langsam weiter gegen Osten fort. Nichtsdestoweniger veranlaßt das Aufgleiten der warmen Luft über die untere kalte Luftschicht, daß der Himmel bei uns bedeckt ist und daß stellenweise Schnee fällt. Es ist jedoch nicht möglich, eindeutig festzustellen, ob sich die warme Luft bis in das Gebiet unseres Staates ausbreiten wird, oder ob sie von der östlichen Strömung zurückgedrängt werden wird. — **Wahrscheinliches Wetter Mittwoch:** Weitere Wetterentwicklung unsicher. In den Niederungen Böhmens dürfte leichtes Tauwetter eintreten und die Schneefälle dürften in Regen übergehen. In den übrigen Ländern ziemlich bewölkt, Schneefälle, andauernder Frost; in Karpathenland Nachlassen des Nachtfrostes. — **Wetteraussichten für Donnerstag:** Vorwiegend bewölkt, Neigung zu Niederschlägen, besonders im Osten des Staates, Gangtagfrost; in Böhmen in den Niederungen jedoch nachts Tauwetter möglich.

## Ziehung der Klassenlotterie

(Ohne Gewähr.)

Prag. Bei der Dienstag-Ziehung der zweiten Klasse der tschechoslowakischen Klassenlotterie wurden nachstehende Gewinne gezogen:

- 130.000 Kč Los Nr.: 24.182.
- 60.000 Kč Los Nr.: 101.292.
- 20.000 Kč die Lose Nr.: 20.299, 36.808, 118.748.
- 10.000 Kč die Lose Nr.: 14.433, 88.043, 102.691, 102.955, 108.484, 110.460.
- 5000 Kč die Lose Nr.: 12.941, 17.312, 21.098, 27.205, 48.946, 48.792, 55.821, 57.115, 59.611, 61.589, 64.441, 67.952, 70.915, 73.464, 76.280, 81.528, 83.979.
- 2000 Kč die Lose Nr.: 10.112, 12.594, 16.883, 17.412, 17.555, 17.808, 17.841, 21.120, 21.831, 22.809, 23.766, 23.879, 24.878, 24.934, 27.789, 30.254, 31.207, 31.493, 32.846, 34.284, 37.663, 38.987, 39.330, 40.863, 48.811, 63.629, 69.935, 72.419, 81.157, 82.887, 89.720, 90.781, 92.786, 102.629, 108.128, 108.629, 109.562, 111.074, 118.914 usw.

## Vom Rundfunk

**Empfehlungswertes aus den Programmen!**

Donnerstag

Prag, Sender I, 10.05: Deutsche Presse, 10.30: Opernarien, 11.05: Orchesterkonzert Hof, 12.10: Schallplattenkonzert, 17.15: A. S. Vah: Navierronate, 17.45: Deutsche Sendung: Marie Hübler, heimliche Diätlerin, Höfliche von Streit, 18.15: Dr. Frank: Sinn und Sendung des Dilettanten in unserer Zeit, 18.25: Rundwirtschaft, 18.45: Deutsche Presse, 18.55: Aus dem deutschen Kulturleben, 20.30: Mozart zum 1. Male in Prag. — **Prag, Sender II, 7.30:** Populäres Konzert, 14.15: Deutsche Sendung: Sekretär Fuhr: Das Gewerbe und seine Selbsthilfe-Einrichtungen, 14.35: Schallplatten, 14.50: Deutsche Presse. — **Brünn, 15:** Nachmittagskonzert, 17.40: Deutsche Sendung: Arbeiterkonzert. — **Dr. J. B. Brügel: Rückblick auf 1936.** — **Prag, 12.35:** Rundfunkorchesterkonzert. — **Warschau, 12.05:** Opernabender, 16.10: Rundfunkorchesterkonzert. — **Währ.-Odrau, 18.10:** Deutsche Sendung: Aus der Oper „Faust“.

# Volkswirtschaft und Sozialpolitik

## Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Gebieten

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Dezember, welche im ganzen Staat 107.573 oder 21.1 Prozent betrug, äußert sich naturgemäß in den einzelnen Ländern und Gebieten nicht in gleicher Weise. Verschiedene Bevölkerungsgröße und Bevölkerungsdichte, Unterschiede zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Gegenden (innerhalb dieser Unterschiede nach Produktionszweigen) im Verein mit saisonmäßigen Einflüssen sind die wichtigsten Ursachen der Erscheinung, daß die Nebeneinanderstellung der Arbeitslosenziffern aus den einzelnen Bezirken auf den ersten Blick ein verwirrendes Bild ergibt und daß man bei eingehender Untersuchung zu durchaus verschiedenen Resultaten gelangt, je nachdem, ob man die Verschiebungen auf den Arbeitsmarkt in absoluten Ziffern oder — richtig — in prozentuellen Verhältniszahlen festhält.

Seit dem Vereinstreten der Krise sind die Arbeitslosenziffern der sichtbarste Gradmesser für die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Von zwei wichtigsten Gesichtspunkten aus werden sie betrachtet. Aus den Veränderungen, die im Laufe der Monate eintreten, lassen sich wertvolle Schlüsse auf die Entwicklungstendenzen der Wirtschaft ziehen. Je größer die beobachtete Zeitspanne ist und je mehr daher Saisoninflüsse zurücktreten, desto verlässlicher werden diese Schlussfolgerungen. Die Schwere der Arbeitslosigkeit, welche auf einem Gebiet lastet, wird sich, wenn überhaupt, ziffernmäßig nicht aus den monatlichen Veränderungen, sondern nur dadurch zum Ausdruck bringen lassen, daß man den Anteil der Arbeitslosen an der Zahl der Einwohner oder der Berufstätigen feststellt.

An der allgemeinen günstigen Entwicklungstendenz hat von allen Ländern

### Böhmen

den stärksten Anteil. Dies ergibt nicht bloß die Gegenüberstellung der Arbeitslosenziffern vom November und Dezember 1936, sondern auch der Vergleich des Dezember 1936 mit dem Dezember 1935.

Die Arbeitslosigkeit hat hier im Vormonat um 32.380 zugenommen, was einer Steigerung um 11.5 Prozent entspricht. Auf die 41 deutschen Bezirke entfallen davon 11.231. Diese Zunahme beträgt 6.5 Prozent, ist also sowohl gegenüber dem Staatsdurchschnitt als auch gegenüber dem Durchschnitt des ganzen Landes kleiner. Auch im

November ließ sich bereits feststellen, daß der saisonmäßig nicht zu vermeidende Beschäftigungsrückgang sich in den deutschen Bezirken nicht so schwer ausgewirkt hat wie in früheren Jahren. Im Laufe des Monats stieg in den deutschen Bezirken: Böhmens die Arbeitslosigkeit um 4 Prozent gegenüber 18 Prozent im ganzen Staat. Die wirtschaftliche Belebung, gefördert durch die Maßnahmen der Regierung, hat in den letzten Monaten sichtbar Früchte gezeitigt.

Auch die Abnahme der Arbeitslosenzahl im Laufe des ganzen vergangenen Jahres ist in Böhmen — mit 92.232 oder 22.8 Prozent — relativ größer als in der ganzen Republik, wo sie 176.629 oder 22.2 Prozent beträgt. In den deutschen Bezirken, die um 41.576 Arbeitslose weniger ausweisen, ist der verhältnismäßige Rückgang allerdings kleiner — 18.5 Prozent. Das deutsche Gebiet bedarf nach der Weltwirtschaftskatastrophe neben den allgemeinen Konjunkturdengungen besonderer Förderung. Die Devaluations- und späteren Maßnahmen haben bis nun gezeigt, daß eine Fortsetzung dieser aktiven Wirtschaftspolitik die Wiederherbeibringung normaler Verhältnisse auch in den heutigen Notstandsgebieten gelingen muß.

### Mähren-Schlesien

stieg die Arbeitslosigkeit im Dezember um 41.210 oder 28.5 Prozent. Auf die 10 Bezirke mit deutscher Mehrheit entfallen davon 5925. Die Steigerung beträgt 13.8 Prozent. Der Rückgang von Dezember 1935 bis Dezember 1936 beträgt im ganzen Land 42.538 oder 18.6 Prozent, in den deutschen Bezirken 11.906 oder 10.6 Prozent.

Die Schwere der Arbeitslosigkeit lastet aber nach wie vor am schwersten auf den deutschen Industriebezirken, welchen das traurige Los beschieden ist, in der Arbeitslosigkeit weit vor allen anderen zu stehen, mag man nun die absoluten oder die Verhältniszahlen nennen. Von den 617.000 gemeldeten arbeitslosen Menschen leben 230.000 in den 51 böhmischen und mährisch-schlesischen Bezirken mit deutscher Bevölkerungsmehrheit, weit mehr also, als dem Anteil der Deutschen an der gesamten Bevölkerung des Staates entspricht. Doch die Entwicklung der letzten Monate bewies, daß dies kein unänderlicher Zustand ist. Sie befestigte die Hoffnung, daß nach dem guten Anfang im vergangenen Jahr das neue die aufsteigende Linie der Wirtschaft fortsetzen wird.

tschechoslowakischen Republik und der Republik Bolivien vorgelegt. Es ist ein Rahmenabkommen mit der Weisheitsbegünstigungsklausel. Bolivien begibt sich durch dieses Abkommen des Anspruches auf die Begünstigungen, welche die Tschechoslowakische Republik den mittel- und südeuropäischen

**Kauf nur in Glas**  
**Du siehst, was du kaufst!**

Staaten zur Vertiefung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen gewährt hat oder gewähren wird.

Um den Baumwollwaren-Export nach Belgien, Belgien hat bekanntlich im Dezember die Einfuhr von Baumwollwaren kontingentiert, wodurch die Gefahr eines weiteren Rückganges unserer Ausfuhr nach Belgien bedroht ist. Aus diesem Grunde wurde von der tschechoslowakischen Botschaft in Brüssel bei den zuständigen Stellen interveniert, wobei auf die sinkende Leistung der Baumwollwarenausfuhr nach Belgien und die Passivität im belgisch-tschechoslowakischen Warenverkehr hingewiesen wurde.

### Die Handelsverhandlung Deutschland-Oesterreich

Wien. Die österreichisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen in Wien sollen Blätterwechseln zufolge noch im Laufe dieser Woche abgeschlossen werden. Die deutsche Delegation soll Samstag Wien verlassen. Bei den Verhandlungen handelt es sich zunächst darum, daß die bisherige Ausfuhr Oesterreichs nach Deutschland sichergestellt wird und schließlich auch um eine zusätzliche Exporterhöhung. Oesterreich wünscht, daß die Ausfuhr des Jahres 1936 bei den Verhandlungen maßgebend sein solle, während die deutsche Abordnung ihre Beratungen auf die Ergebnisse des Jahres 1932 und 1933 verweist haben will. Die Unterschiede sind hierbei noch sehr groß. Bei Behandlung der zusätzlichen Ausfuhr, für deren Bezahlung Deutschland nicht die Devisen besitzt, macht die Kompensation Schwierigkeiten. Deutschland hat sich bereit erklärt, hierfür Mineralien, Rohstoffe, industrielle Produkte und verschiedene Agrarprodukte abzugeben, wenn andererseits Oesterreich in Deutschland hierfür mehr einläuft. In Betracht kommen in erster Linie

Oesterreichs Kohlenbestellungen in Deutschland und die Lieferung von deutschem Kriegsmaterial (Flugzeuge). Den Möglichkeiten zur Abnahme größerer Kohlenmengen stehen jedoch auf österreichischer Seite alte Lieferungsverträge mit der Tschechoslowakei und Polen sowie die hohen Preise der Ruhrkohle im Wege. Der Stoff, der in den nächsten Tagen von der Konferenz noch bekräftigt werden soll, ist noch erheblich, doch hofft man, eine zusätzliche Ausweitung der österreichischen Ausfuhr nach Deutschland um etwa 30 Millionen Schilling herbeiführen zu können.

## Ausland

**Eine recht interessante Straße . . .** Wie die Nazi-Blätter melden, machen die Arbeiten an der **Greng-Gebirgsstraße** weitere Fortschritte und es ist damit zu rechnen, daß in diesem Jahre drei Teilstrecken zu gleicher Zeit in Angriff genommen werden. Die Gebirgsstraße soll auch die Schönheit des schlesischen Gebirges erschließen und allmählich zu einer durchgehenden und geschlossenen Verbindung vom **Tsergebirge bis zum Altvater** ausgebaut werden. Die Straße bewegt sich in einer Höhe von 70 bis 1100 Metern.

**Ruffengeschäft und Aufrüstung.** (Un.) In den letzten acht Jahren sind in der Sowjetunion 2500 Fabriken erbaut worden. Ein Teil von ihnen soll bis zum Ablauf des zweiten Fünfjahresplans, Ende 1937, noch mit den nötigen Maschinen ausgerüstet werden, und zwar zumeist für Textil- und Schutzeugzeugung. Dafür werden Aufträge im Gesamtwert von 1.4 Milliarden Kč ins Ausland vergeben, zumeist nach Großbritannien. Dort sind bereits Aufträge im Wert von 560 Millionen Kč vergeben, aber die Sowjethandelsmission erklärt, so sehr man gerade England wegen seiner ausgezeichneten Produktion zu bevorzugen wünsche, stelle sich doch der weiteren Auftragsvergabe die Tatsache entgegen, daß die britische Industrie sich außerstande erkläre, rasch zu liefern, da sie vor allem die inländischen Rüstungsaufträge erledigen müsse.

**Die neue bulgarische Gemeindevorausordnung.** (Tsch. P.) Die beiden vom Jaren genehmigte und vom Innenminister **Kradnowskij** angekündigte neue Gemeindevorausordnung wird in allen politischen Kreisen lebhaft kommentiert. In dem Gesetze heißt es, daß die Wahlen in den Monaten **Feber, März oder April** stattfinden werden, u. zw. entweder gleichzeitig an einem Tag im ganzen Lande, oder, was wahrscheinlicher ist, sukzessive in den zehn einzelnen Departements, wie es kürzlich in Jugoslawien der Fall war. Das aktive Wahlrecht haben alle Männer über 21 Jahre und auch verheiratete Ritter. Die Männer müssen wählen, während für die Frauen keine Wahlpflicht besteht. Wer sich nicht zur Wahlurne einfindet, wird bestraft werden. Die Wahl ist geheim, die Wahlzettel werden einfarbig sein. Jeder hatte jede Partei eine eigene Farbe oder Farbenkombination. Die Wählzettel werden von einer amtlichen Kommission zusammengestellt, an deren Spitze sich ein vom Innenministerium ernannter Bürgermeister befindet. Wählbar in die Gemeinden sind Männer, die das 30. Lebensjahr überschritten haben, die das aktive Wahlrecht besitzen und ihrer Militär- oder Arbeitsdienstpflicht nachgekommen sind. Für die Wahl in die Landgemeinden wird die Absolvierung der **Volkschule**, in den Städten die Absolvierung der **Urgerschule** gefordert. Wo derartige Kandidaten nicht vorhanden sind, genügt in Ausnahmefällen die Kenntnis des Lesens und Schreibens in der Staatsprache, was namentlich für die Winderheiten-Gemeinden, vor allem die türkischen und die rumänischen, wichtig ist. Richtigerweise wer-



Hugo Haas

als alter **Peša** in der Verfilmung von Langers berühmten Komödie **„Ein Kamel geht durch ein Nabelohr“**.

den können Gemeindefunktionäre und Personen, welche ihre Steuer nicht bezahlt haben, Personen, welche keinen bestimmten Beruf und kein unbewegliches Eigentum in der betreffenden Gemeinde haben und die dort nicht wenigstens ununterbrochen fünf Jahre gelebt haben. Auch offene oder geheime Anhänger der ehemaligen Parteien, namentlich Kommunisten, Anarchisten und Anhänger anderer als staatsfeindlich erklärter Richtungen können nicht Mitglieder der Gemeinderäte sein. Der Kandidat muß seine Verantwortlichkeit durch eine große Anzahl von Dokumenten nachweisen und die ausdrückliche Erklärung abgeben, daß er keiner illegalen Partei angehört und daß er im Falle seiner Wahl keine Klasse- oder Parteinteressen vertreten werde! Fast ein Viertel der Artikel des Wahlgesetzes ist den Straffunktionen gewidmet. Im Gesetz ist auch auf die Drohungen der ehemaligen politischen Parteien Bedacht genommen, welche erklären, daß sie die Wahlen entweder boykottieren oder ihre Anhänger veranlassen werden, Stimmzettel mit Parolen abzugeben. Solchen Anstiftern droht eine Geldstrafe bis zu 300.000 Lewas und schwerer Kerker von 3 bis 8 Jahren.

**Amnestie für Nazis.** Wie in Wien amtlich bekannt ist, sind vom 11. Juli 1936 bis Ende des Jahres für Personen, welche sich bei der nationalsozialistischen Partei illegal betätigt hatten und perzuziert worden waren, folgende Gnadenakte gesetzt worden: 1046 Personen wurde der Rest der gerichtlichen Strafen nachgelassen, 1917 Schwere Gerichtsverfahren wurden eingestellt. Ueberdies wurde bei 1261 Personen, die als Minderberufsteiger am Juni-Putsch teilgenommen hatten, die gerichtliche Strafverfolgung eingestellt, 1925 Personen wurde der Rest der Verwaltungsstrafen nachgelassen. Weiters wurden 1252 anhängige Verwaltungsstrafverfahren eingestellt und aus dem Inhaftelager in **Wöllersdorf** wurden 1226 Personen entlassen. Es sind daher insgesamt 10.984 Personen in der Amnestie teilhaftig geworden. Wie die „Politische Korrespondenz“ ergänzend hierzu erzählt, wurden seit dem Frühjahr 1934 nach den gleichen Grundbänden in wiederholten Amnestieakten auch nahezu sämtliche (?) Straffälle aus den **Feberkämpfen** des Jahres 1934 liquidiert, „sofern Gnadenakte überhaupt in Frage kommen konnten“ (und man die Amnestierten nicht nachher von neuem eingesperrt hat!)

## Europäische Jugend-Konferenz über die Ereignisse in Spanien

In Paris fand in der zweiten Dezemberhälfte eine Informationskonferenz über die Ereignisse in Spanien statt, die von der „**Fronte de la Juventud Española**“ veranstaltet worden war. Auf dieser Konferenz berichteten die Vertreter der verschiedenen Jugendorganisationen Spaniens, die hinter den republikanischen Regierungen von **Valencia, Barcelona und Bilbao** stehen, über die nationalen Probleme, Agrarfragen, Erziehungsfragen, religiösen Probleme und die politischen, militärischen und internationalen Fragen ihres Landes. Im Anschluß an die Berichte wurden von den Teilnehmern eine Reihe von Fragen an die Referenten gestellt. Auf die Frage, wie die einzelnen Jugendverbände zur Demokratie stehen, erklärten alle Referenten übereinstimmend, daß Demokratie für sie **Vollherrlichkeit** bedeute und daß auch nach dem Sieg über die Rebellen alle Fragen sowohl von den bürgerlichen Republikanern, Sozialisten, nationalen Verbänden, aber auch von den Anarchisten nur in Übereinstimmung mit der Meinung der Mehrheit der Volksmassen gelöst werden sollen.

Der Führer der baslischen **Katholiken** wurde gefragt, wieso die katholischen Basken gegen Franco, der als Kämpfer für das Christentum aufträte, kämpfen könnten. Seine Antwort war etwa: „**Es ist Christentum, wenn man offene Städte bombardiert, Frauen und Kinder tötet, sechzehn baslische katholische Geistliche erschossen läßt, darunter sogar den Bischof? Die**

Basken halten das nicht für Christentum. Sie haben in der katholischen Kirche gelernt, daß man der Obrigkeit zu gehorchen habe. Das gilt auch, wenn Sozialisten oder Kommunisten diese Obrigkeit sind.“

Sozialisten und Anarchisten wurden gefragt, wie ihre Stellung zum Kleinbürgertum sei und ob diesem demokratische Rechte nach dem Sieg über Franco zugestanden werden sollen. Die Sozialisten erklärten, daß dies in ihrem Verzeichnis zur Demokratie enthalte sei. Der Vertreter der Anarchisten erklärte, daß sie durch die gemeinsame Front mit Bürgerlichen und Marxisten wohl zur Genüge bewiesen hätten, daß sie den Kampf gegen den Faschismus für wichtiger hielten als Einzelheiten ihrer Prinzipien.

Ueber die Sozialisierung befragt, erklärten alle, daß es sich vorläufig kaum irgendwo um Sozialisierungen handle, sondern einfach um die in allen Ländern in diesem Falle vorkommende staatliche Kriegswirtschaft. Das gelte sowohl für Industriebetriebe als auch für die Agrarwirtschaft. Was nach dem Sieg sein werde, darüber seien die Verbände nicht einig. Jetzt gelte es, den Faschismus zu schlagen.

Zur nationalen Frage erklärten alle, auf dem Standpunkt der nationalen Autonomie im Rahmen einer föderativen Republik zu stehen. An dieser Konferenz nahm auch ein Vertreter der Sozialistischen Jugend-Internationale teil.

# Prager Zeitung

Preis: 23.342/36—1.

## Nur schwere Körperbeschädigung

Im Falle Pavella, der, wie gemeldet, in der Nacht auf Montag den Anschlag auf die Prostituierte Emilie Vankel verübt hat, wird, wie die Polizei mitteilt, möglicherweise nur die Anklage wegen schwerer Körperbeschädigung erhoben werden. Es stellt sich nämlich heraus, daß die eigentlich schwere Verletzung der Vankel im Nacken, die wie eine Stichwunde ausfiel, vom Fall auf die Marmorplatte des Nachttisches herüber, die an der Ecke abgebrochen und scharf war, wodurch der Anschein einer stichartigen Verletzung entstehen konnte. Bei eben diesem Falle hat die Vankel auch eine Gehirnerschütterung erlitten, die ihre Einwirkung um zwei bis drei Tage verzögern dürfte; es ist nämlich für diese Verletzung bezeichnend, daß der Verletzte das Gedächtnis für die seiner Verwundung folgenden Ereignisse zunächst völlig verliert. So mußte Pavella auch eigentlich weniger nach den Angaben der Vankel als nach ihnen entdeckt werden. Einen braunen Fleck und Blut, wie sie angegeben hatte, trug er s. B. nicht, sondern einen schwarzen Nagel.

Auf Grund der Angaben des Vorklagers, der ihn mit noch einem Paar das Hotel Bristol hatte verlassen sehen, konnte festgestellt werden, daß er vor der Tat mit der Vankel in einer nahe gelegenen Bar, Casca-Beil, gewesen war; die Angaben der dortigen Melldner führten dann zu seiner Festnahme.

Pavella hat ein bewegtes Leben in allen Weltteilen geführt — er ist auch in Shanghai gewesen und beherstet außer tschechisch und deutsch auch ziemlich vollendet französisch. — In der Zeit des Brantford-Wortes war er in Frankreich und kommt daher als Täter nicht in Betracht. Pavella hat nach dem Krieg seinen jüngeren Bruder im Streit erschossen und wurde daraufhin mehrere Jahre in einer Anstalt interniert, später aber wieder entlassen.

Der Fall scheint übrigens, wie zur Brantford-Zeit, eine Art Mordtäter in Prag ausgeübt zu haben. Die 16jährige Gymnasiastin Milada Schwarz lebte getrennt aufgetrennt in ihre Wohnung in der Volnische Gasse in Prag XII zurück und behauptete, daß ein unbekannter 25- bis 30-jähriger Mann sie im Stiegenhaus überfallen und gewürgt habe. An dieser, von einigen tschechischen Nachmittagsblättern gebrochene Nachricht ist nach Mitteilungen der Polizei kein wahres Wort; es handelt sich lediglich um die Ausbeute der hysterisch erregten Phantasie des Mädchens.

**Herr Dr. Weiskopf berichtigt die Berichtigung einer Berichtigung.** Herr Dr. Weiskopf teilt uns in einer langatmigen Aufschrift mit, daß die unter seinem Namen in der „Rei“ erschienene Berichtigung, mit deren Wahrheitsgehalt sich an dieser Stelle Sonntag Genosse Dr. Franzel befaßt hat, tatsächlich — was Franzel ja feststellte — die Wahrheit nicht entspricht. Nur trage er, Weiskopf, daran keine Schuld, vielmehr der Richter, der mit K u t i m u n g v o n W e i s k o p f K n o w a t i die eingeklagte Berichtigung „adjustiert“ hat. Endlich sei ein ganz ominöser letzter Satz, eben der auf die Nennung der Namen Jasko, Misch und Strauß sich beziehende, hinzugekommen, was sich Weiskopf nicht erklären könne. Er habe Schritte zur Richtigstellung unternommen. Herr Dr. Weiskopf teilt uns auch einen neuen Text seiner damaligen Rede mit, der zwar formell mit seiner wirklich gehaltenen Rede, die uns im Genogrammen vorlag (da die Mischbezüge von einem Protokolllführer stenographisch aufgenommen wurde), nicht übereinstimmt, aber sachlich etwa das auslief, was er gesagt hat und was nach jener merkwürdigen „Berichtigung“ bei uns als Wahrheit reklamiert wurde. Mit den übrigen Ausführungen des Herrn Weiskopf wollen wir uns nicht befassen. Seiner Person und Wirksamkeit kommt nämlich, was sich nicht so prinzipielle Erwägungen daran knüpfen lassen wie unlängst, weit weniger Bedeutung zu, als er annehmen scheint. Wenn wir uns mit den Kommentaren, die er zu seinen eigenen Worten und Taten freigegeben beifügt, befassen wollten, so würde wenig für Weiskopf Erfreuliches herauskommen. Auch in seinem Interesse also unterbleibe das. Es genügt uns, der auf so interessante Weise von Richter, Anwalt und berichtigtem Blatt verdrängten Wahrheit Gehör verschafft zu haben, indem wir Herrn Weiskopf zum Sprechen brachten. Seine Versicherung, auch er habe die Wahrheit für unteilbar, nehmen wir mit Genugtuung zur Kenntnis. Hoffen wir, daß er uns seinen Anschlag gibt, sie gegen ihn zu richten!

**Der Knabe im Turm.** Western nachmittags um 4 Uhr verdrückte sich ein Jüngling der tschechischen Erziehungsanstalt „Na Jamečnu“ in Lieben aus Furcht vor Strafe im Turm des Gebäudes und schlief sich ein. Da er Miere machte, herumzuapfropfen, wurde die Feuerwehre geholt, die vor dem Turm ein Sprungtuch aufspannte. Gleichzeitig drangen Feuerwehrlente in den Turm ein und holten den Jungen heraus. Der Vorfall erregte großes Aufsehen und hatte einen starken Menschenauflauf vor dem Turm zur Folge.

**Straßenbahn überfährt Betrunkene.** In der Nacht auf gestern, kurz nach Mitternacht, ging der 40jährige Einsteiger Josef Kotinac aus Mähle in betrunkenem Zustand durch die Laborstraße in Ruske und lief hierbei einem Straßenbahnwagen der Oberlinie in die Fahrbahn. Der Wagenlenker versuchte zu bremsen, doch geriet der Wagen auf dem gefrorenen Pflaster in Gleiten. Kotinac wurde zu Boden geworfen und einige Schritte geschleift. Er erlitt mehrere Rippenbrüche und wurde auf die Klinik gebracht.

**Toter im Hotel.** Im Hotel am Volk Nr. 13 wurde gestern mittags der 58jährige Kaufmann Josef Valler aus Terefenstadt mit einer Schusswunde im Kopf tot aufgefunden. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

**Die Ausflugszüge der Tschchoslowakischen Staatsbahnen** veranlassen in den Sommerferien, d. i. vom 30. Jänner bis 7. Febr., folgende Exkursionen mit voller Verköstigung: Nörderböhme 315 Kč, Riesengebirge 300 Kč, Beskiden 405 Kč, Lubochina

490 Kč und Soše Tatra 550 Kč. Informationen und Anmeldungen im Referat der Ausflugszüge der Tschchoslowakischen Staatsbahnen, Bazar neben dem Wilsonbahnhof, Telefon 333-35.

## Vorträge

### Neubauer liest „Das fehlende Kapitel“

Als vor einigen Monaten bekannt wurde, daß der Prager (aus der Slowakei stammende) Schriftsteller Paul Neubauer für einen Marco Polo-Roman einen internationalen Preis in beträchtlicher Höhe zugesprochen erhalten habe, als daraufhin ein anderer Prager Journalist den Preisträger des „Placatis“ beabsichtigte, als dann der gleichgeschaltete Diktator M. G. Vindig, der Neubauer den Preis zuerkannt hatte, im Dritten Reich wegen dieser Parteinehmung für einen nichtarischen Schriftsteller angegriffen wurde — und als schließlich noch das Gerücht auftauchte, das Preisurteil sei von einer insolventen Firma beantragt worden, die gar nicht in der Lage sei, die ausgesetzten Preise zu bezahlen, — da war man der Meinung, es hier mit einer wenig seriösen „literarischen“ Sentation zu tun zu haben. Als nun aber am Montag Paul Neubauer in der „Urania“ ans Vortragspult trat, um ein Kapitel aus diesem „Fehlenden Kapitel“ vorzulesen, gelangte man zu der Überzeugung, daß die Sentation inzwischen vorüber ist (denn es war nur ein kleiner Zubörerkreis versammelt) und daß es dem Verfasser bei der Abfassung seines Werkes durchaus um seriöse Dinge ginge. Wie er selbst in einer kurzen Einleitung betonte, entnahm er die Anregung zu seinem Roman jener Stelle im Testament des großen Weltreisenden Marco Polo, an der gesagt wird, daß der als Lügner verdächtige Weltentdecker das Wunderbarste seines Lebens den Menschen verschwiegen habe, um nicht als noch größerer Lügner angesehen zu werden. Um dieses Geheimnis geht es in Neubauers „romantischem“ Roman, der vom „Land der weißen Affen“ erzählt, wo Marco Polo den Ault des Tieres im Menschen erlebte, einen heute höchst aktuellen Kult. Dem Neubauer die Religion der Liebe und die Philosophie des Humanismus gegenüberstellt. Das Kapitel, das der Verfasser las (und in dem auch Dante erscheint), gab über die literarischen und gedanklichen Werte des Romans keinen Aufschluß. Da es als Bericht von Marco Polos Sekretär geschrieben ist, kann sein auftragmäßiger Stil Absicht gewesen sein — und

man wird das Erscheinen des vollständigen Romans abwarten müssen, ehe man beurteilen kann, ob Neubauer die Darstellung der Gedanken, um die es ging, eindrucksvoller gelungen ist als in diesem einen, mit allzuviel historischen Daten und konstruktiven Erörterungen belasteten Kapitel, das aber jedenfalls einer gründlichen Beschäftigung des Verfassers mit seinem Stoffe Zeugnis ablegt.

## Kunst und Wissen

### Gefängnis ohne Gitter

Die Direktion des Deutschen Theaters hat einen fabelhaften Griff: noch läuft in der kleinen Bühne ein Jungmädchen-Stück — und schon wird ein neues geliefert. Nur spielt's diesmal nicht, wie in „Matura“, in einem Gymnasium, sondern in einer Korrekptionsanstalt. Aber diese neue „Bee“ von Gina Kraus, dramatisiert von jenem Herrn „Thomas Koster“, der die „Reum Offiziere“ verbrochen hat, ist so verwandt mit jener der (übrigens besseren) „Matura“, daß man stellenweise den Eindruck hat, als ob die Darstellerinnen direkt aus dem Lyzeum ins Gefängnis gekommen wären. Frau Meller ist wieder die prachtvolle Jugenderzieherin, der ein Jüngling den Geliebten wegschnappt, und Frau Stein ist wieder die drakonische Schulmeisterin, der böse Geist der Anstalt. Auch sonst gibt's Parallelen: in der „Matura“ ist der Anstaltsgeistliche krank oder auf Urlaub; im „Gefängnis“ gibt es ihn anscheinend überhaupt nicht; dafür aber tritt ein Einbrecher als Nebenredner auf und sorgt in diesem Gewand für einen Zerk, der beinahe wirkt, auch wenn man wahrhaftig weder katholisch gestimmt ist, geschweige denn besondere Sympathien für die Beamten irgendwelcher Kirche hat. Das ganze Stück ist eine recht läbliche Kreuzung zwischen Kriminalroman und Gartenlaube. Wenn schon einmal irgendeine Szene natürlich gesehen zu sein scheint, wird sie sofort von Banalitäten, Gemeinplätzen und unfreiwilligen Lächerlichkeiten überschlagen, die auf das Publikum (ja selbst auf die Bühne zurück) fühlbar auch entsprechend wirken. Dazu kommt, daß die armen Schauspieler auch diesmal hörbar zu wenig Zeit zum Einstudieren hatten; es gab „hängenbleiben“ von geradezu erlebter Art. Natürlich trifft daran auch den Regisseur (Zaub) nicht die mindeste Schuld.

Wir vergaßen als im „Gefängnis ohne Gitter“ hedenklich: gefallen: Herrn K i p p e l als sehr natürlichen Anstaltsarzt, Frau T e r r e l als leidenschaftliches Jungmädchen, das durch soziales Unrecht mit dem Strafgefängnis in Konflikt gekommen ist. Miamor V a r d a c h als rührend hilfloses Kleinstmädchen, die M e l l e r auf ohne Verdäulden gänzlich verlorenem Posten, desgleichen V o t t e S t e i n; und von den Nebenrollen die Damen Vertram, B a n a n e r, B a e r n, R o d e n b e r g und so weiter. Das Publikum blieb, deutlich erkennbar, kühl bis ans Herz hinan.

## Das Urteil gegen die Weinberger

### Unter dem Beifall der Zuhörer

Prag — ts — Als der Gerichtshof zur festgesetzten Stunde, um 11 Uhr vormittags, zur Urteilsverkündung erschien, war der Gerichtssaal von Zuhörern überfüllt, die augenscheinlich größtenteils den Kreisen der schwer geschädigten Einleger der verdrängten „Občanstá zločina“ angehörten, und begierig den Urteilspruch erwarteten. Das Urteil bezieht sich bloß auf die beiden Hauptangeklagten, den Direktor Martinek und den Kassier Schiller, da die Anklage gegen deren mitangeklagten Handlungsbeamen, den Subalternbeamten E c h und den letzten Verwaltungsratsvorsitzenden (der übrigens bloß der f a k t i s c h e n K r i d a angeklagt ist), wegen Erstattung dieser beiden Angeklagten aus diesem Verfahren ausgeschieden wurde und im abgesonderten Verfahren zu Ende geführt werden wird.

Das vom Vorsitzenden M. Dr. D r u s k a verkündete Urteil erkannte beide Angeklagte s c h u l d i g d e s e i n v e r s t ä n d l i c h b e g a n g e n e n V e r b r e c h e n s d e s B e t r u g e s, wobei das Gericht einen direkten Schaden von mehreren hunderttausenden Kronen als erwiesen annahm (die genaute Bezifferung bleibt der schriftlichen Urteilsandrohung vorbehalten). Das Gericht verurteilte

**Direktor Martinek zu drei Jahren, den Kassier Schiller zu zweieinhalb Jahren schweren und verschärften Arztes.**

Beiden wird die Untersuchungshaft eingerechnet, die bei Martinek 19 Monate, bei Schiller 17 Monate betrug. In der Urteilsbegründung wird betont, daß das Gericht zu der Überzeugung von der verbrecherischen Zusammenarbeit der beiden Angeklagten gelangt sei, wobei als erschwerend die lange Vorbereitung und sorgfältige und raffinierte Überlegung ihrer Machinationen, die zu einem schweren

und größtenteils ungedeckten Schaden führten, zu berücksichtigen sei. Beide Verurteilten erbat sich die dreitägige Wendeurlaub, während Staatsanwalt Dr. G a s s a v i k V e r z u n g w e g e n z u n i e d r i g e n S t r a f a u s m a ß e s anmeldete.

Gleichzeitig beantragte der Staatsanwalt, die beiden Verurteilten wegen Kluggefahr sofort in G a f t u n e h m e n, welchem Antrag der Gerichtshof gegen den Protest der Verteidiger auch stattgab und die sofortige Abführung der beiden Defraudanten anordnete. Diese wurden unter starker Bedeckung ins Gefängnis gebracht, denn auf dem Korridor hatte sich inzwischen die erregte Menge der Besucher versammelt, die den Urteilspruch mit so f o n t a n e m B e i f a l l aufgenommen hatte, daß der Vorsitzende energisch einschreiten mußte. Neben Beifallrufen waren auch Stimmen laut geworden, wie: „A n d e n W a l g e n m i t d e n S a l t e n k e i n“, so daß die getroffenen Vorkehrungen ihren guten Grund hatten.

Die Verteidiger hatten bei ihrem Protest gegen die sofortige Festnahme ihrer Klienten auf die erlegten Klauten hingewiesen. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß diese Klauten, deren gleichzeitige Freigabe von dem Gericht verfügt wurde, nicht etwa von den Angeklagten, die ja „a b s o l u t m i t t e l l o s“ sind, erlegt wurden. So erlegte für den Kassier Schiller, dessen Anwalt als mildernden Umstand die „R o t“ seines Klienten ins Treffen geführt hatte, dessen W a t t i n die Kleinigkeit von 200.000 Kč Es besteht wohl kaum ein Zweifel darüber, daß für eine durchaus behaftete Existenz der Defraudanten nach erfolgter Strafverbüßung hinreichend gesorgt ist für eine Existenz, um die sie ein Wohlgefühl der von ihnen bestohlenen keinen Später beneiden dürfte.

## Oberstes Gericht verschärft lebenslängliche Kerkerstrafe für den Falschmünzer Peer

Prag. — ts — Im Vorjahr wurde vor dem Prager Schöffengericht der 29jährige Geheiß J a r o s l a v P e e r nach zweitägiger Verhandlung als rückfälliger Falschmünzer zu lebenslänglicher Kerkerstrafe verurteilt, nachdem er bereits 1933 wegen des gleichen Deliktes zu zwei Jahren Kerkerstrafe verurteilt war. Kurz nach seiner ersten Strafenlassung mietete er sich in einem Hotel in K o e l z bei Prag ein und fabrizierte wohlgeschungene Fünfschillingnoten, von denen er auch ungefähr zehn Stück in Umlauf setzte. So behauptete wenigstens die Anklage, die sich im wesentlichen auf Indizien aufbaute und auf dem Geständnis des Bruder des des Angeklagten, das dieser aber bei der Hauptverhandlung widerrief mit der Begründung, er habe nur deshalb bei der Polizei ein Geständnis abgelegt, weil man ihm in Aussicht stellte, daß im Falle eines Geständnisses seine Ausweisung aus Prag rückgängig gemacht werden würde.

Wie immer dem auch sein mag — der bis zum Schluß leugnende Angeklagte wurde von den Geschworenen schuldig erkannt, worauf der Schöffengerichtshof im Sinne des Gesetzes nur auf lebenslänglichen Kerker erkennen konnte. Dieser Tage hatte sich auf die Wichtigkeitsbeschwerden des Verteidigers das Oberste Gericht in Brunn mit dieser Sache in letzter Instanz zu befassen. Das Oberste Gericht wies nach durchgeführter öffentlicher Verhandlung nicht nur die Wichtigkeitsbeschwerden ab, sondern verfügte auch noch eine Verschärfung der an sich suchbaren Strafe durch Verbüßung einer vierzehnjährigen Haft — unfers Wissens der erste Fall einer bei lebenslänglichem Kerker in solchem Grade ausgesprochenen Strafverschärfung, den wir den juristischen Fachkreisen zu näherer Erörterung empfehlen möchten.

Der so hart bestrafte wird sich mit der philosophischen Ermüdung trösten können, daß er glimpflicher davonkommen wäre, wenn er einen Mord begangen hätte. Denn da sind die Gerichte meist recht milde . . .

## Ausschreibung

Bei der Stadtgemeinde Kuffig gelangen zwei Stellen als Schalterbeamtin für die Bäckerei für weibliche Bewerber vertraglich zur Besetzung.

Anstellungsbedingungen: C. I. Staatsbürgerschaft, Zurücklegung mindestens einer Bürgerschule, erfolgreiche Absolvierung eines dreiwöchigen Kurses für Buchwarte in Städten unter 10.000 Einwohnern, Mindestalter 18, Höchstalter 35 Jahre, Unbescholtenheit, körperliche Eignung. Bewerberinnen mit Bäckereipraxis genießen den Vorzug. Die Entlohnung wird nach den dienstrechtlichen Bestimmungen der privatwirtschaftlichen Angestellten der Stadt Kuffig geregelt.

Schriftliche Bewerbungen sind geschlossen unter „Jahrl 23.342/36—1 Schalterbeamtin“ bis 15. Febr. 1937 beim Stadamt in Kuffig einzubringen; den Bewerbungen sind Nachweise über die Erfüllung der Bedingungen beizufügen.

Stadamt Kuffig, am 16. Jänner 1937.

1460 Der Bürgermeister: Leop. Pögl.

Spende oder vor der großen Pause und nach Schluß netten Beifall. L. G.

Spielplan des Deutschen Theaters. Mittwoch, 16.8: Auf der grünen Wiese, V. 1. — Donnerstag halb 8: Der lebende Leichnam, Gastspiel Ernst Deutsch, C. 2. — Freitag halb 8: Glubitia, vollständige Vorstellung, Abonnement aufgegeben. — Samstag halb 8: Der lebende Leichnam, Gastspiel Ernst Deutsch, V. 2. — Sonntag halb 8: Liebe eines Fremden, Abschiedsvorstellung Ernst Deutsch, halb 8: Die Jarenkraut, Erstaufführung, C. 1.

Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch: 8 Uhr: Rima, Bankbeamte 2 und freier Verkauf. — Donnerstag 8: Rima. — Freitag 8: Gefängnis ohne Gitter, Theatergemeinde des Kulturverbandes und freier Verkauf. — Samstag 8: Gefängnis ohne Gitter. — Sonntag 8: Ägel an der Himmelstür, 8: Matura.

## Aus der Partei

### Tagung des Kreisrates von Teplitz-Saaz

Am vergangenen Sonntag traten die Delegierten der Bezirks- und Lokalorganisationen des Kreises Teplitz-Saaz zur Tagung des Kreisrates im Prager Bergarbeiterhaus zusammen, um sich mit aktuellen politischen Fragen und im besonderen mit Angelegenheiten der Organisation und Presse und schließlich mit dem für den 14. und 15. August d. J. in Teplitz-Schnau anberaumten Kreisarbeiterkongress zu beschäftigen. Der Vorsitzende der Konferenz, Kreisvertrauensmannsleiter Genosse Dr. Carl S e l l e r eröffnete die Tagung mit einem Nachruf auf Genossin Kremser. Kreissekretär Genosse Richard Lorenz hatte einen umfangreichen Bericht vorgelegt, der wertvolles Material und wichtige Ziffern über den Stand der Arbeitstätigkeit im Kreisgebiete enthält. (Die Zahl der registrierten Arbeitlosen ist dort im Jahre 1936 kleiner geworden als im Vorjahre.) Die Zahl der nach dem Central System Unterstützten ist um etwa 2800, die Zahl der in der Ernährungsaktion Geführten um etwa 8000 kleiner geworden. Der Bericht beschäftigt sich dann mit den Einzelheiten der Ernährungsaktion, mit der Winterhilfsaktion, mit den Aktionen des Gesundheitsministeriums für die Kinder der Arbeitslosen und mit der produktiven Arbeitslosenfürsorge, die im Kreisgebiete geleistet wurde. — Das politische Defizit erkrankte Genosse Dr. S e l l e r, dann referierte Genosse Franz S e i d e l über das Programm des Kreisarbeitertages. Dieser wird durch eine Festversammlung aller Funktionäre im großen Saale des Teplitzher Stadtheaters eröffnet werden; am Abend des ersten Tages wird eine Abendfeier für die Gäste veranstaltet, der Sonntag bringt vormittags den Aufmarsch und die politische Kundgebung, nachmittags ein Volksfest mit Konzert und Darbietungen der Kulturorganisationen. — Ueber die Tätigkeit der Frauen berichtete Genossin Steffi S i r f c h, Genosse S e i d e l auch noch über die Parteipresse und über die Vorbereitungen zur Herausgabe einer Sondernummer der „Freiheit“ anlässlich ihres vierzigjährigen Bestandes. — Nach reger Debatte nahm die Konferenz einstimmig eine Entschlie ß u n g an, in der der Kreisrat seine leidenschaftliche Sympathie für den Kampf der spanischen Arbeiter ausdrückt, dem Parteivorstand und der parlamentarischen Vertretung das vollste Vertrauen ausspricht und an die Genossen appelliert, den Kampf für den Sozialismus wie bisher mit Energie weiterzuführen. Das Schlusswort hielt der Vorsitzende Genosse Dr. S e l l e r.

## Vereinsnachrichten

**Kreis Prag.** In f e r e n ä c h s t e n G r u p p e n a b e n d e: Gruppe Prag VII: Generalsammlung, 20. Jänner, 8 Uhr, Spalená 46. — Gruppe Prag XII: Rezitationen: Neben in dieser Zeit, 20. Jänner, 8 Uhr, Smetcny 22. — Gruppe Prag II: Marx-Engels-Abend, 22. Jänner, 7 Uhr, Spalená 46.